N I E D E R S C H R I F T

über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg am Freitag, 28. Januar 2011, 16:00 Uhr, im Sitzungssaal Barfüßerstraße 50, Erdgeschoss.

Anwesenheit:

SPD:	Acker, Biebusch, Böttcher, Büchner, Daser, Dinnebier, Hebert-Henkel, Hussein, Löwer, Lotz-Halilovic, Mertins, Meyer, Dr. Musket, Seelig, Sell, Severin, Simon, Weidemann, Wölk
CDU:	Gottschlich, Heck, Jannasch, Kaufmann, Kissel, Lohse, Mehnert, Muth, Oppermann, Pfalz, von Ploetz, Dr. Röder, Röhrkohl, Schaffner, Scherer, Stompfe, Vaupel
GRÜNE:	Busch, Dorn, Flohrschütz, Göttling, Köhler, Neuwohner, Dr. Perabo, Dr. Therre-Staal
Marburger Linke:	Adsan, Prof. Dr. Fülberth-Sperling, Kolter, Schäfer
FDP:	Prof. Dr. Dingeldein, Schwebel, Sawalies
MBL:	Dr. Uchtmann

Hauptamtlicher Magistrat:

Oberbürgermeister Vaupel
Bürgermeister Dr. Kahle
Stadträtin Dr. Weinbach

Ehrenamtlicher Magistrat:

Stadtrat Biver
Stadtrat Hertlein
Stadträtin Laßmann
Stadträtin Müller-Wickenhöfer
Stadtrat Rehlich
Stadtrat Reinhard
Stadträtin Dr. Sewering-Wollanek
Stadträtin Schulze-Stampe
Stadtrat Stötzel
Stadtrat Stürmer

Es fehlten entschuldigt:

Die Stadtverordneten Backes (SPD), Sauer und Dr. Wulff (CDU), Dr. Baumann und Schäfer (B90/Die Grünen), Dr. Weber (Marburger Linke) und Ludwig (MBL) sowie der ehrenamtliche Stadtrat Sprywald.

Schriftführer: Oberamtsrat Wagner, Stabsstelle Kommunale Gremien

Protokoll:

zu 1 Eröffnung und Begrüßung der Anwesenden

Der Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer (SPD) eröffnet die Sitzung um 16:10 Uhr und begrüßt alle Anwesenden. Die form- und fristgerechte Ladung für die heutige Sitzung und die Beschlussfähigkeit werden festgestellt.

Gegen diese Feststellungen wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Einwand vorgetragen.

---

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 17. Dezember 2010 ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Änderungswünsche zur ausgedruckten Fassung des Protokolls werden nicht vorgetragen. Somit gilt die Niederschrift als genehmigt.

---

zu 3 Ergänzungen der Tagesordnung

Zur heutigen Tagesordnung liegen zwei dringliche Anträge vor.

1. Dinglicher Antrag der Fraktion SPD und Bündnis 90/Die Grünen betr. Altglasentsorgung VO/0076/2011

Die Dringlichkeit wird begründet durch den Stadtverordneten Dr. Musket (Bündnis 90/Die Grünen). Die CDU-Fraktion tritt dem dringlichen Antrag bei. Für den Magistrat spricht Stadträtin Dr. Weinbach.

In der anschließenden Abstimmung unterstützen mehr als 40 Stadtverordnete diese dringliche Vorlage. Der Stadtverordnetenvorsteher wird den Antrag als Tagesordnungspunkt 15.1 in die Tagesordnung aufnehmen und entsprechend aufrufen. Der Antrag liegt dieser Niederschrift als Anlage bei.

2. Dringlicher Antrag der Fraktion Marburger Bürgerliste betr. Klarstellung der widersprüchlichen Aussagen zum Einfluss der Stadt Marburg in der neu gegründeten Energie Marburg-Biedenkopf GmbH VO/0079/2011

Die Dringlichkeit des Antrages wird zusätzlich mündlich begründet durch den Stadtverordneten Dr. Uchtmann (MBL). Für den Magistrat spricht Bürgermeister Dr. Kahle. Der Stadtverordnete Acker (SPD) spricht gegen die Dringlichkeit des

Antrages.

In der anschließenden Abstimmung unterstützen die Stadtverordneten der CDU, FDP und MBL die Dringlichkeit. Damit ist die 2/3-Mehrheit nach der Hessischen Gemeindeordnung nicht erreicht. Die Vorlage kann nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden. Auch dieser dringliche Antrag liegt der Niederschrift als Anlage bei.

Anschließend gibt der Stadtverordnetenvorsteher einen Überblick über die angemeldeten Aussprachen und die von den Ausschüssen empfohlenen Zurückstellungen von Vorlagen.

Im Ältestenrat wurde vereinbart den Tagesordnungspunkt 17.25 Antrag der Fraktion CDU, FDP und MBL betr. Aufklärung und Konsequenzen aus dem Unterschlagungsfall in der Tagesordnung vorzuziehen und als ersten Antrag der Fraktionen unter TOP 17 zu beraten. Aussprache wurde dazu im Haupt- und Finanzausschuss angemeldet.

Gegen diese Vereinbarung wird aus dem Hause kein Widerspruch vorgetragen.

Der Stadtverordnete Stompfe (CDU) stellt den Geschäftsordnungsantrag, Tagesordnungspunkt 17.6 Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen betr. Verkehrsberuhigung der Ortsdurchfahrt Bauerbach zu vertagen und an den Ortsbeirat des Stadtteiles Bauerbach zur Beratung zu überweisen.

Gegen den Geschäftsordnungsantrag spricht der Stadtverordnete Weidemann (SPD). Für den Magistrat spricht Bürgermeister Dr. Kahle.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von CDU, FDP, MBL und Marburger Linken, Nein-Stimmen der SPD-Fraktion und bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgenden Beschluss:

Der Antrag TOP 17.6 wird vertagt und an den Ortsbeirat des Stadtteiles Bauerbach zur Beratung überwiesen.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden aus dem Hause nicht vorgetragen. Die Tagesordnung gilt somit in der vorliegenden Fassung als genehmigt.

---

zu 4 Fragestunde

---

zu 4.1 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Prof. Dr. Georg Fülberth (Nr. 1 01/2011)
Vorlage: VO/0055/2011

Wie groß war die Auslastung der von den Stadtwerken bewirtschafteten Parkhäuser in den Jahren 2009 und 2010?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die von den Stadtwerken Marburg bewirtschafteten Parkhäuser haben von 2009

zu 2010 steigenden Nutzungszahlen zu verzeichnen. Die einzige Ausnahme ist das Parkhaus Oberstadt, das aufgrund der Einrichtung des Parkplatzes „Alte Brauerei" geringere Nutzungszahlen aufweist.

Anlage:	2009	2010	Abweichung:
Parkdeck Hauptbahnhof	40.185	48.695	21,18%
Parkhaus Oberstadt	213.512	182.322	-14,61%
Parkhaus Marktdreieck	492.501	515.474	4,66%
Parkhaus Nord	9.422	12.378	31,37%
Parkplatz Alte Brauerei*)	12.621	164.456	
Summe:	768.241	923.325	20,19%

*) Anlage wurde am 27.11.2009 in Betrieb genommen

Die Auslastung der Parkhäuser, die von den Stadtwerken bewirtschaftet werden, liegt im Innenstadtbereich zwischen 70 % und 90 % in der Hauptnutzungszeit an Werktagen zwischen 10 Uhr und 16 Uhr und teilweise 100 % an Tagen mit Sonderveranstaltungen.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

---

zu 4.2 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Prof. Dr. Georg Fülberth (Nr. 2 01/2011)
Vorlage: VO/0056/2011

Wie wirken sich die Spenden der Deutschen Vermögensberatung AG und ihrer Tochtergesellschaft Allfinanz in Höhe von 1,5 Millionen Euro an CDU und FDP seit 2000 - davon insgesamt 200.000 an die FDP und 220.000 im August und November 2010 - (Handelsblatt Nr. 237, 7.12.2010, S. 14f.) auf die Gewerbesteuer-Einnahmen der Universitätsstadt Marburg aus?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Der Fragesteller hatte in der Stadtverordnetenversammlung vom November 2009 mit der Kleinen Anfrage Nr. 6 bzw. Nr. 9 vom Magistrat Auskunft darüber begehrt, wie sich die Preisentwicklung eines bestimmten Medikaments bzw. wie sich eine bestimmte Impfaktion auf die Gewerbesteuereinnahmen der Universitätsstadt Marburg auswirken.

Der Magistrat hatte seinerzeit u. a. geantwortet:

> „Besteuerungsgrundlage für die Gewerbesteuer ist bekanntlich der Gewerbeertrag, der von dem für ein Unternehmen zuständigen Finanzamt ermittelt und in einer Messzahl ausgedrückt wird. Diese Messzahl wiederum ist dann die Grundlage für die Veranlagung zur Gewerbesteuer.
> Dem Magistrat ist nicht bekannt, welche Tablette welchen Beitrag zum Gewerbeertrag eines Unternehmens liefert.
> Im Übrigen hat der Magistrat bereits mehrfach ausgeführt,

dass er dem Steuergeheimnis unterliegt und deshalb Auskünfte zu steuerlichen Angelegenheiten eines Unternehmens nicht geben kann.
In Sachen Steuergeheimnis hatte der Magistrat auf eine Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Röder im August 2007 u. a. folgendes ausgeführt:

> Die Verletzung des Steuergeheimnisses ist strafbar. Sie ist nach § 355 StGB mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bedroht.
>
> Der Magistrat hat in seinem Diensteid geschworen, alle in Hessen geltenden Gesetze zu wahren. Er hat nicht die Absicht, diesen Eid zu brechen.

Das gilt auch weiterhin."

An der Sach- und Rechtslage hat sich nichts geändert. Dem Magistrat ist nach wie vor nicht bekannt, welche Erträge und welche Aufwendungen in welcher Weise zum Gewerbeertrag eines Unternehmens beitragen.

Der Magistrat ist deshalb weder willens noch in der Lage, die Frage zu beantworten.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

---

zu 4.3 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Halise Adsan (Nr. 3 01/2011) Vorlage: VO/0057/2011

Welche Auswirkungen wird die geplante Errichtung einer privaten Reitanlage in Dagobertshausen für die dortige Infrastruktur (etwa durch zusätzlichen Straßenbau, falls größere Reitturniere zu erwarten sind) haben?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Es sind keine negativen Auswirkungen auf die Ortslage von Dagobertshausen zu erwarten.

Das bezieht sich auch auf die verkehrlichen Auswirkungen, da a) kein Straßenneubau geplant ist und b) es keine Anbindung der privaten Reitanlage an die historische Ortslage von Dagobertshausen geben wird, sondern die Anbindung von der Kreisstraße aus stattfinden wird.

Der Ortsbeirat hat in seiner Ortsbeiratssitzung am 04. Oktober 2010 der „Reitanlage Dagobertshausen" zugestimmt.

---

zu 4.4 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Sonja Sell (Nr. 4 01/2011) Vorlage: VO/0058/2011

Kann der Magistrat berichten, wie sich die Auslastung des Oberstadt-Parkhauses und der Brauerei-Parkplätze im Lauf des Jahres 2010 entwickelt hat und ob bzw. ggf. zu welchen Gelegenheiten Auslastungsspitzen erreicht wurden?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Aufgrund der Verlagerung der Priorität der Stellplatzsuchenden ist die Zahl der Einfahrten in das Parkhaus Oberstadt zugunsten des neuen Parkplatzes „Alte Brauerei" um 14,6 % zurückgegangen. Dieser Effekt wurde bereits bei der Planung des neuen Parkplatzes erwartet.

Beide Anlagen wurden im vergangenen Jahr von insgesamt 346.778 Kundinnen und Kunden genutzt, davon 164.456 nur der neue Parkplatz „Alte Brauerei".

Das Parkhaus und der Parkplatz erreichen zwischen 10 Uhr und 16 Uhr eine durchschnittliche Auslastung von 70 - 90 %. Zu beobachten ist, dass der Parkplatz „Alte Brauerei" in diesem Zeitraum teilweise zu 100 % ausgelastet ist.

Eine Vollauslastung wird regelmäßig am Samstag in den Hauptnutzungszeiten und an Tagen mit Sonderveranstaltungen, z.B. 3-Tage-Marburg, Elisabethmarkt oder am Aktionstag „In die Stadt ohne mein Auto“ erreicht.

---

zu 4.5 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Sonja Sell (Nr. 5 01/2011) Vorlage: VO/0059/2011

Kann die Sozialdezernentin berichten, welche Veränderungen der Stadtpass im Laufe ihrer Zuständigkeit erfahren hat, wie sich der Kreis der Berechtigten bzw. Nutzer in diesem Zeitraum erweitert hat und wie viel Geld im Rahmen des Stadtpasses in diesem Zeitraum insgesamt veranschlagt wurde?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Seit Juli 2005 haben sich die Richtlinien zum Marburger Stadtpass mehrmals geändert. Zum 01.10.2005 wurde die damalige zeitliche Befristung um 6 Monate verlängert und für die VHS-Kurse eine höhere Bezuschussung vereinbart.
Zum 01.04.2006 wurde die zeitliche Befristung auf 12 Monate festgelegt und gleichzeitig eine höhere Erstattung für die FBS-Kurse (FBS = Familienbildungsstätte) beschlossen.

Zum 01.04.2007 wurde wiederum die Laufzeit des Marburger Stadtpasse für weitere 12 Monate sowie eine Anpassung der Finanzierung von Deutschkursen für ausländische Bürgerinnen und Bürger bei der VHS festgelegt. Darüber hinaus wurde die 100%-ige Kostenübernahme für Alphabetisierungskurse für deutsche

Bürgerinnen und Bürger beschlossen.

Zum 01.04.2008 wurden die Einkommensgrenzen erhöht und weitere Anbieter (Deutscher Kinderschutzbund + Familienbildungsstätte für die Kurse „Starke Eltern, starke Kinder"; Fachdienst Schule für ein ermäßigtes warmes Mittagessen; KunstWerkStatt) hinzu genommen.
In 2009 kam die Übernahme der Kosten für das Kinderschwimmen hinzu.
Eine erneute Verbesserung und Ausweitung insbesondere der ÖPNV Erstattungen ist zum 01.02.2011 geplant.

Die v.g. Verbesserungen haben zu einem kontinuierlichen Anstieg der Nutzerinnen und Nutzer geführt.

Der städtische Mittelansatz für den Marburger Stadtpass hat sich in den letzten 5 Jahren von 250.000 € auf 330.400 € erhöht.

---

zu 4.6 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Elke Therre-Staal (Nr. 6 01/2011)
Vorlage: VO/0060/2011

Ist beim Erstellen des Bebauungsplanes Nr. 9/3 für das Gebiet Frauenbergstraße/ Cappeler Straße das Bewohnerparkkonzept berücksichtigt und zwar auch unter Einbeziehung des Besitzers des benachbarten Geländes hinter dem Südbahnhof, und auch unter Einbeziehung der öffentlichen Parkplätze in das Bewohnerparkkonzept?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Der Bebauungsplan Nr. 9/3 „Frauenbergstraße/Cappeler Straße" dient zur Steuerung der baulichen Nachverdichtung (Anbauten, Neubauten nach Abriss) auf den Privatgrundstücken.
Das benachbarte Gelände „hinter dem Südbahnhof" und die öffentlichen Parkplätze sind nicht in dem Geltungsbereich des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes einbezogen worden.

---

zu 4.7 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Matthias Acker (Nr. 7 01/2011)
Vorlage: VO/0067/2011

Wie ist der aktuelle Stand der Entwicklung einer „Marburger Wertstofftonne" und wann ist mit einer Einführung zu rechnen?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Die Einführung der „Marburger Wertstofftonne" war ursprünglich in Form eines einjährigen Modellprojektes für den Februar 2011 geplant. Dazu waren auch

bereits alle organisatorischen Vorbereitungen getroffen. Ein entsprechendes Rechtsgutachten hat bestätigt, dass die beabsichtigte Testphase zulässig ist. Dementsprechend wurden auch die entsprechenden Vorlagen in das parlamentarische Verfahren im Januar 2011 eingebracht, so dass der Projektstart termingerecht möglich gewesen wäre.

Aufgrund der geteilten Zuständigkeit bei der Entsorgung, für die Einsammlung der Abfälle und Wertstoffe ist die Stadt Marburg verantwortlich, wohingegen der Landkreis für die Verwertung und Beseitigung zuständig ist, war es erforderlich, die Zustimmung des Landkreises dafür zu erhalten, dass die in der „Marburger Wertstofftonne" gesammelten Wertstoffe aus Privathaushalten nicht an den Landkreis übergeben werden müssen, sondern in eigener Verantwortung der stofflichen Verwertung zugeführt werden dürfen.

Diese Zustimmung wurde seitens des Landkreises nicht erteilt. Insofern kann das Pilotprojekt z.Zt. nicht gestartet werden. Eine Aussage, wann die „Marburger Wertstofftonne" eingeführt werden wird, kann aktuell nicht validiert getroffen werden.

Da aber die Einführung einer Wertstofftonne bereits in der Abfallrahmenrechtlinie der EU und der darauf aufbauenden Neufassung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes, das momentan beraten wird, enthalten ist, bedeutet dies, dass das Projekt nur verschoben aber nicht aufgehoben ist, sondern vielmehr aufgrund seiner grundlegenden Bedeutung für die Weiterentwicklung der Entsorgung zu einer Ressourcenwirtschaft seitens des Magistrats weiter verfolgt wird.

zu 4.8 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Marianne Wölk (Nr. 8 01/2011) Vorlage: VO/0068/2011

Kann der Magistrat Auskunft erteilen, was die Planungen des Projektes der Sozialen Stadt, einen Verbindungsweg vom Richtsberg (Gesamtschule) bis zum Südbahnhof zu schaffen, gekostet haben und was vom Entwurf verwirklicht wurde und wozu im November Sportgeräte aufgestellt wurden, deren Sinn und Zweck nicht erkennbar sind?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die Planungen zum Projekt „Stadträumliche Anbindung Marburg-Richtsberg" sind 2009 und 2010 in mehreren öffentlichen Versammlungen vorgestellt worden, u. a. auch bei der Hansenhausgemeinde und den entsprechenden Ortsvereinen.

2010 wurden die Stationen 4, 5, 12, 13, 17 und in Kombination die Stationen 15 und 6/7 realisiert. Die Stationen 2 und 3 (Kreuzung Rollwiesenweg/Cappeler Straße bzw. Rollwiesenweg/Alter Ebsdorfer Weg) werden 2011 realisiert.
Die Station 1 muss aus Kostengründen entfallen (Südbahnhof) und die Station 10 ist in Bezug auf eine Umsetzung 2011/12 noch genauer zu definieren.

Wie in den Versammlungen erläutert, stellen die Stationen 6/7 und 15 den Trimm-Dich-Pfad als Teil des Wegenetzes dar. Die dazu gehörenden Informationstafeln als Ergänzung hierzu werden im März d. J. aufgestellt, wie auch die öffentliche Präsentation des Gesamtprojektes im Frühjahr 2011 erfolgen wird.

Für die gesamten Maßnahmen, die oben genannt und 2010 realisiert wurden, wurden 71.000,00 € verwendet. Ca. 70 % der Kosten werden dabei von Bund und Land im Rahmen der Förderung durch die „Soziale Stadt" übernommen.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Schwebel (FDP) und Wölk (SPD) werden ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

---

zu 4.9 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Marianne Wölk (Nr. 9 01/2011) Vorlage: VO/0083/2011

Der Magistrat wird gebeten, Auskunft zu erteilen, ob es ein Umgestaltungskonzept für den Südbahnhof gibt, dessen Prüfung vom Stadtparlament beschlossen wurde und warum man, bevor man ein solches Konzept vorstellt, Fakten durch die Pflanzung von Bäumen und das Aufstellen von Bushaltestellenhäuschen schafft?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die Stadtverordnetenversammlung hat den Magistrat 2006 beauftragt, „ein Konzept zum Ausbau eines verkehrsberuhigten Bereichs im gesamten Südbahnhofsviertel" zu entwickeln.

Die Stadtverordnetenversammlung hat den Magistrat 2008 beauftragt, ein Konzept für den Theodor-Bleek-Platz zu entwickeln.
Einige Zeit sah es so aus, als könnte ein solches Konzept kurzfristig gemeinsam mit der Bahn und dem RMV umgesetzt werden. Allerdings gibt es derzeit keine Entwicklung, dass Bahn und RMV den Haltepunkt Südbahnhof verändern.

Daher sollte ein Konzept zur Neugestaltung des Südbahnhofbereiches in die Planung der Sanierung der Frauenbergstraße aufgenommen werden.

Gegenwärtig gibt es noch kein umfassendes Konzept zur Umgestaltung des Vorplatzes am Südbahnhof. Kurz- und mittelfristig ist entsprechend auch nicht mit baulichen Maßnahmen zur Umgestaltung des Südbahnhofes zu rechnen, da andere Verkehrsprojekte (z. B. Hauptbahnhof, Universitätsstraße) vorrangig zu bearbeiten waren.

Durch das im Jahr 2007 eingeführte Fahrplankonzept der Stadtwerke hat der Südbahnhof als Haltepunkt mit Umsteigebeziehung an Bedeutung gewonnen. Die zunehmende Frequentierung der Haltestellen haben kurzfristige Verbesserungen an der bestehenden Situation notwendig gemacht. Neben den 2008 und 2009 durchgeführten Baumpflanzungen, die zur optischen Aufwertung des Platzes beitragen, wurden Bordsteinabsenkungen vorgenommen und in diesem Herbst/Winter durch die Stadtwerke neue Wartehallen aufgestellt.

Damit wurde der Vorplatz des Südbahnhofes kurzfristig funktional und gestalterisch aufgewertet. Ein vollständiges Umbaukonzept muss in Zusammenhang mit der Sanierung der Frauenbergstraße aufgestellt, finanziert und umgesetzt werden können. Die o. g. punktuellen Verbesserungen sind für die

künftige Umgestaltung des Platzes kein Hindernis.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Wölk (SPD) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

---

zu 4.10 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Uwe Meyer (Nr. 10 01/2011) Vorlage: VO/0061/2011

Wo steht die Stadt Marburg im hessenweiten Vergleich beim aktuellen Schuldenstand bzw. bei der Verschuldungsentwicklung in den Jahren 2005 - 2010?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Hessenweite Zahlen für 2010 liegen naturgemäß noch nicht vor, so dass ein Vergleich damit nicht möglich ist.

Im hessenweiten Vergleich 2005 zu 2009 zeigt sich folgende Entwicklung:

	2005 in T€	2009 in T€	Diff. in T€	Diff. in %
Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände in Hessen	9.301.051 €	9.357.973 €	+ 56.922 €	+ 0,6%
Schulden in Marburg	110.855 €	57.808 €	- 53.047 €	- 48%

Es handelt sich dabei wie in der Fragestellung vorgegeben um die Gesamtschulden.

Nur auf den Kreditmarkt bezogen ergäbe sich folgendes:

	2005 in T€	2009 in T€	Diff. in T€	Diff. in %
Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände in Hessen	7.968.387 €	8.074.818 €	+ 106.431 €	+ 1,3%
Schulden in Marburg	93.747 €	42.947 €	- 50.800 €	- 54%

Anzumerken ist, dass die Pro-Kopf-Verschuldung 2009 in Marburg weniger als halb so hoch ist wie hessenweit.

Ein Vergleich Marburgs mit den übrigen Sonderstatusstädten in Hessen ist

traditionell in jeder Haushaltsrede des Kämmerers enthalten.

---

zu 4.11 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Monika Biebusch (Nr. 11 01/2011)
Vorlage: VO/0062/2011

Wie viele Zinsen hat die Stadt Marburg in den Jahren 2005 bis 2010 durch Entschuldungsentwicklung eingespart?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Im Jahr 2005 hatte die Stadt 4,3 Mio € Zinsen für Investitionskredite an den Kreditmarkt zu leisten zuzüglich 225.000 € als Zinsen für Kassenkredite.

Die Zinsbelastung 2010 liegt unter 1,1 Mio. €, und zwar ausschließlich für Investitionskredite.
Diese Zinsersparnis beruht einerseits darauf, dass konsequent Schulden abgebaut wurden und andererseits darauf, dass das gesunkene Zinsniveau geschickt ausgenutzt wurde.

In seinem „Bericht über das Finanz- und Schuldenmanagement in Marburg" hatte der Magistrat die Stadtverordnetenversammlung im September 2009 ausführlich darüber informiert.

Der Bericht ist über das Parlamentsinformationssystem bzw. über die Internetseite der Stadt Marburg als TOP 12.6 der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom September 2009 abrufbar.

---

zu 4.12 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Thorsten Büchner (Nr. 12 01/2011)
Vorlage: VO/0063/2011

Wie hat sich die Kreisumlage in den Jahren 2005 bis 2010 entwickelt?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Kreisumlage hat sich von 2005 bis 2010 wie folgt entwickelt:

Ergebnis 2005	15.075.734 €
Ergebnis 2006	16.578.277 €
Ergebnis 2007	20.259.209 €
Ergebnis 2008	21.817.308 €
Ergebnis 2009	26.838.988 €
Ergebnis 2010	24.758.667 €

Im Übrigen hatte der Oberbürgermeister diese Frage in seiner Einbringungsrede zum Doppelhaushalt 2010/2011 bereits beantwortet.
Der Hebesatz für die Kreisumlage 2009 und 2010 lag bzw. liegt bei 48,6%. Wie

der Landrat in seiner Haushaltsrede am 17.12.2010 angekündigt hat, will der Kreis für 2011 bei den 48,6% bleiben. Vor 2009 betrug der Hebesatz 47%.

---

zu 4.13 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Björn Backes (Nr. 13 01/2011) Vorlage: VO/0097/2011

Da der Fragesteller nicht anwesend ist, wird die Kleine Anfrage schriftlich mit dem Protokoll beantwortet.

Wie beurteilt der Magistrat den Erfolg der Rodelbahn am Steinweg während des Weihnachtsmarktes 2010? Gibt es eine Möglichkeit, neben den Kosten auch eine Kosten/Nutzen-Relation aufzuzeigen?

Die Eisrodelbahn wurde nach 2009 im Dezember 2010 zum zweiten Mal eingerichtet und war erneut ein großer Erfolg. Durch die Beteiligung einer Reihe von Sponsoren aus der heimischen Wirtschaft konnten die Nutzer in 2010 kostenlos rodeln. Projekte wie die Eisrodelbahn entziehen sich einer betriebswirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Relation, da ihr Nutzen sich nicht in Euro oder Cent beziffern lässt. Man kann aber einen eindeutigen Image- und Marketingwert feststellen, haben doch mehrere Fernsehsender über die einmalige Attraktion einer Eisrodelbahn mitten in der Stadt berichtet, so HR3, RTL, Pro7. Diesen teils mehrminütigen Filmen ist ein Werbeeffekt beizumessen, der nicht bezahlbar ist. Das Ice-Race von Red-Bull war tagelang Gegenstand im Internet. Und dem Ziel mit der Rodelbahn im Steinweg die Verbindung zwischen Oberstadt und Nordstadt zu verbessern kam man ebenfalls näher. Unter dem Strich ist die Eisrodelbahn eine Bereicherung der vorweihnachtlichen Szenerie in Marburg und ein unbezahlbarer Werbeträger für unsere Stadt auch überregional.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

---

zu 4.14 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Kirsten Dinnebier (Nr. 14 01/2011) Vorlage: VO/0069/2011

Seit einiger Zeit dauert die Fragestunde nur noch 30 Minuten. Wie oft ist es seit dem vorgekommen, dass nicht alle Fragen innerhalb dieses Zeitrahmens beantwortet werden konnten?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Seit der Maisitzung 2009 hat der Magistrat in 10 von insgesamt 18 Sitzungen Kleine Anfragen schriftlich beantwortet.

Der Ältestenrat hatte zur Straffung des Sitzungsablaufs die Fragestunde auf 30 Minuten begrenzt und den Sitzungsbeginn auf 16.00 Uhr terminiert.

Diese Regelung gilt bis heute.

zu 4.15 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Christa Perabo (Nr. 15 01/2011)
Vorlage: VO/0064/2011

Kann der Magistrat Auskunft geben, welche Kosten dem DBM entstanden sind für das Abdrucken und die flächendeckende Verteilung der Abholinformationen für den Gelben Sack durch die Firma Sita und wieviel davon der Stadt durch die Firma Sita erstattet wurden?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Durch den Wechsel in der operativen Sammlung der Gelben Säcke durch die Firma SITA Mitte wurde die Tourenplanung dafür durch SITA erstellt; dies machte im Ergebnis eine komplette Umgestaltung des Layouts des bisherigen Abfuhrkalenders notwendig. So musste z.B. aufgrund der geänderten Tourenplanung, die nicht mit der des DBM übereinstimmt ein komplettes Straßenverzeichnis und die neuen Touren für die Gelbe-Sack-Sammlung aufgenommen werden.

Dies führte dazu, dass die Bürgerinformationen über die verschiedenen Entsorgungswege reduziert werden sowie die bisher im Abfallkalender bereits mit abgedruckte Sperrmüllkarte ganz entfallen musste; insgesamt also eine Reduzierung des Serviceangebotes für die Marburger Bürgerinnen und Bürger.
Dies hatte natürlich einen zeitlichen und damit auch kostenmäßigen Aufwand für die Neuerstellung des Abfuhrkalenders beim DBM zur Folge.

Für die Änderung des Layouts sowie den anteilig der belegten Fläche entstandenen Druckkosten ist für die Darstellung der LVP-Sammlung im Abfuhrkalender ein Aufwand i.H.v. 3.000 € entstanden.

Der für die flächendeckende Verteilung der Müllabfuhrkalender entstandene Aufwand wird derzeit noch exakt ermittelt. Nimmt man als Basis des Kostenanteils auch hier den anteiligen Flächenbedarf für die Neudarstellung der LVP-Sammlung ergibt sich nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre ein Betrag i.H.v. ca. 5.000 €.

Die Aufwendungen werden SITA in Rechnung gestellt. Es bleibt aber noch abzuwarten, ob die Firma die Forderung akzeptieren wird.

Bei dieser Darstellung sind aber noch in keinster Weise die Aufwendungen berücksichtigt, die im DBM entstanden sind, um die Bürgerinnen und Bürger über die Veränderungen zu informieren, insbesondere dabei die täglich eingehenden persönlichen und telefonischen Anfragen.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Heck (CDU), Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen), Schwebel (FDP), Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke) und Gottschlich (CDU) werden ebenfalls durch Stadträtin Dr. Weinbach und den Oberbürgermeister beantwortet.

Damit ist die verkürzte Fragestunde abgelaufen. Die restlichen Kleinen

Anfragen Nr. 16 bis Nr. 41 werden schriftlich beantwortet. Die Antworten liegen dieser Niederschrift als Anlage bei.

---

zu 7 Städtebaulicher Ideenwettbewerb Rudolphsplatz Vorlage: VO/1730/2010

Für den Umweltausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Dr. Musket (SPD). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift. Auch der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Aussprache wurde im Ältestenrat angemeldet. Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Stompfe (CDU), Flohrschütz (Bündnis 90/Die Grünen), Prof. Dr. Dingeldein (FDP), Sell (SPD), Stompfe (CDU). Für den Magistrat sprechen Bürgermeister Dr. Kahle und Oberbürgermeister Vaupel. Weiterhin sprechen der Stadtverordnete Stompfe (CDU) und erneut der Oberbürgermeister.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken, Nein-Stimmen von CDU und MBL und bei Enthaltung der FDP-Fraktion folgenden Beschluss:

Der städtebauliche Ideenwettbewerb Rudolphsplatz wird auf Grundlage der vorbereitenden Untersuchungen, des Verkehrsgutachtens und den Ergebnissen des Bürgerworkshops ausgelobt.
Die Abgrenzung des Wettbewerbsgebietes wird, wie im anliegenden Plan vorgenommen, festgelegt.

---

zu 14 Feststellung des Jahresabschlusses 2009 der Stiftung St. Jakob Vorlage: VO/0030/2011

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Im Ältestenrat wurde Aussprache angemeldet. Im Rahmen der Debatte sprechen der Stadtverordnete Pfalz (CDU) und Stadträtin Dr. Weinbach für den Magistrat.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken, Nein-Stimmen der CDU-Fraktion und Enthaltung von FDP und MBL folgenden Beschluss:

1. **Der Jahresabschluss der Stiftung St. Jakob für das Geschäftsjahr 2009 wird mit einer Bilanzsumme i.H.v. 9.779.371,44 EUR festgestellt. Der Jahresfehlbetrag i.H.v. 27.578,31 EUR wird in das Geschäftsjahr 2010 vorgetragen und mit der bestehenden Ergebnisrücklage i.H.v.**

34.899,54 EUR verrechnet.

2. **Der Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2009 der Stiftung St. Jakob durch das Prüfungsamt der Universitätsstadt Marburg wird zur Kenntnis genommen.**

---

zu 17.25 Antrag der Fraktionen CDU, FDP und MBL betr. Aufklärung und Konsequenzen aus dem Unterschlagungsfall Vorlage: VO/0042/2011

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Antrag ist im Haupt- und Finanzausschuss ausführlich diskutiert worden. Oberbürgermeister Vaupel hat zu dem Antrag Stellung genommen und beantwortete soweit möglich die im Antrag enthaltenen Fragen. Weiterhin teilte er mit, dass die entsprechenden Untersuchungsberichte noch vor der Kommunalwahl fertiggestellt werden sollen.

Der Stadtverordnete Göttling (Bündnis 90/Die Grünen) hat im Ausschuss angeregt, den Antrag dahingehend abzuändern, dass der Begriff "Unterschlagungsfall" durch den Begriff "Veruntreuungsfall" ersetzt wird. Auch soll nicht von einem Veruntreuungsfall bei der Stadtverwaltung gesprochen werden, sondern nur bei der Beihilfestelle der Stadtverwaltung. Diese Veränderungen werden von antragstellenden Fraktionen übernommen, so dass der Antrag folgende Fassung erhält:

Der Magistrat wird aufgefordert zu dem Veruntreuungsfall in der Beihilfestelle der Stadtverwaltung Stellung zu nehmen und dabei insbesondere folgende Fragen zu beantworten:

1. **In welchen Zeitraum sind nach jetzigem Kenntnisstand Unterschlagungen verübt worden?**

2. **Welcher Schaden ist bei der Stadt Marburg durch die Unterschlagungen entstanden?**

3. **Welche Stellen der Stadtverwaltung waren mit der Kontrolle der betreffenden Rechnungsstelle befasst?**

4. **Weshalb haben die Kontrollen in der Vergangenheit nicht gegriffen?**

5. **Wie will der Magistrat sicherstellen, dass sich solche Fälle nicht wiederholen?**

6. **Welche Konsequenzen hat der Magistrat hinsichtlich des Betroffenen, welche hinsichtlich der Vorgesetzten (Fachdienstleiter, Fachbereichsleiter) gezogen?**

7. **Welche sollen noch gezogen werden?**

8. **Welche Konsequenzen zieht der verantwortliche Dezernent, Oberbürgermeister Vaupel, persönlich aus dem Vorfall?**

In dieser Fassung empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss die Zustimmung zu

der Vorlage. Aussprache wurde angemeldet.
Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Dr. Uchtmann (MBL), Schwebel (FDP), Stompfe (CDU), Acker (SPD) und Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke).

Der Stadtverordnete Prof. Dr. Fülberth stellt im Rahmen seines Redebeitrages folgenden Antrag:

Die nächsten Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg findet im Februar und März 2011 statt.

Begründung: Die neugewählte Stadtverordnetenversammlung wird im April zusammentreten, dann aber nur Formalien regeln können. Während die letzte Sitzung der alten Stadtverordnetenversammlung am 28. Januar blieben der Hauptamtliche Magistrat defakto bis Ende Mai, also 4 Monate, ohne Kontrolle. Der Akteneinsichtsausschuss zur Veruntreuung in der Beihilfestelle erledigt die Stadtverordnetenversammlung als das Organ, an das zu berichten ist.

Der Stadtverordnete Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke) stellt weiterhin den Antrag,

nach der Abhandlung dieses Tagesordnungspunktes die Sitzung zu unterbrechen und den Ältestenrat zu einer Sitzung einzuberufen.

Zum Antrag Tagesordnungspunkt 17.25 spricht der Oberbürgermeister. Er beantwortet die im Antrag aufgeführten Fragen, soweit dies möglich ist.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst anschließend einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert zu dem Veruntreuungsfall in der Beihilfestelle der Stadtverwaltung Stellung zu nehmen und dabei insbesondere folgende Fragen zu beantworten:

1. **In welchen Zeitraum sind nach jetzigem Kenntnisstand Unterschlagungen verübt worden?**

2. **Welcher Schaden ist bei der Stadt Marburg durch die Unterschlagungen entstanden?**

3. **Welche Stellen der Stadtverwaltung waren mit der Kontrolle der betreffenden Rechnungsstelle befasst?**

4. **Weshalb haben die Kontrollen in der Vergangenheit nicht gegriffen?**

5. **Wie will der Magistrat sicherstellen, dass sich solche Fälle nicht wiederholen?**

6. **Welche Konsequenzen hat der Magistrat hinsichtlich des Betroffenen, welche hinsichtlich der Vorgesetzten (Fachdienstleiter, Fachbereichsleiter) gezogen?**

7. **Welche sollen noch gezogen werden?**

8. **Welche Konsequenzen zieht der verantwortliche Dezernent,**

Oberbürgermeister Vaupel, persönlich aus dem Vorfall?

Der Stadtverordnetenvorsteher berichtet aus der gestrigen Sitzung des Ältestenrates. Die CDU-Fraktion hat dort den Antrag gestellt, einen Akteneinsichtsausschuss einzusetzen. Der Ältestenrat hat die Vereinbarung getroffen, dass der Haupt- und Finanzausschuss mit dieser Aufgabe beauftragt werden soll. Dazu soll der Ausschuss auf 17 Mitglieder aufgestockt werden, damit alle Fraktionen im Akteneinsichtsausschuss vertreten sind.

Anschließend unterbricht der Stadtverordnetenvorsteher die Sitzung von 19:54 Uhr bis 20:12 Uhr.

Nach Fortsetzung der Sitzung lässt der Stadtverordnetenvorsteher zunächst über den als Geschäftsordnungsantrag eingestuften Antrag der Fraktion Marburger Linke abstimmen, die nächsten Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung in Februar und März 2011 durchzuführen. Hierzu erläutert der Stadtverordnetenvorsteher, dass dieser Antrag von der Fraktion Marburger Linke bereits als ordentlicher Antrag zur Tagesordnung für die Stadtverordnetenversammlung eingereicht worden war. Der Stadtverordnetenvorsteher hat ihn jedoch zurückgewiesen, weil er in die gesetzlichen Aufgaben des Stadtverordnetenvorstehers (§ 58 Ziff.1 HGO und § 58 Ziff. 5 HGO) eingreifen würde.

Somit hat die Stadtverordnetenversammlung nunmehr über diesen Geschäftsordnungsantrag der Fraktion Marburger Linke zu entscheiden.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und Nein-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Zum weiteren Verfahren trägt der Stadtverordnetenvorsteher vor: Der von der CDU-Fraktion beantragte Akteneinsichtsausschuss (Haupt- und Finanzausschuss, erweitert auf 17 Mitglieder) wird vom Stadtverordnetenvorsteher zur **konstituierenden Sitzung am Mittwoch, den 9. Februar, 17 Uhr im Sitzungssaal Hohe Kante** eingeladen. Die Tagesordnung wird die Wahl eines/einer Vorsitzenden, eines/einer stellvertretenden Vorsitzenden und die Festlegung der Termine und des weiteren Verfahrens für die Akteneinsichtnahme enthalten.

Damit nimmt die Stadtverordnetenversammlung die gesetzlich vorgesehene Kontrollfunktion wahr. Sollten sich aus der Akteneinsicht beschlussrelevante Konsequenzen ergeben, so kann eventuell auch eine Sondersitzung der Stadtverordnetenversammlung erforderlich sein. Auf Nachfrage durch den Stadtverordnetenvorsteher wird aus der Stadtverordnetenversammlung gegen dieses Verfahren nicht gesprochen. Somit gilt es als beschlossen.

Zum weiteren Ablauf der heutigen Stadtverordnetensitzung erinnert der Stadtverordnetenvorsteher an die Vereinbarung im Ältestenrat, die Aussprachen heute um 21 Uhr zu beenden.

Eine Sitzung des Ältestenrates wird nicht einberufen, da der Antrag des Stadtverordneten Prof. Dr. Fülberth nicht die Unterstützung von mindestens 3 Ältestenratsmitgliedern gemäß § 11 Ziff. 2 der Geschäftsordnung

gefunden hat.

---

zu 17.4 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Marburger Entsorgungsgesellschaft Vorlage: VO/1620/2010

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss hat die Vorlage zusammen mit der im Ausschuss vorgelegten Antwort auf die große Anfrage der Fraktion Marburger Linke betr. Beschäftigungsverhältnisse im Dienstleistungsbetrieb Marburg DBM und in der Marburger Entsorgungsgesellschaft MEG ausführlich beraten. Der Stadtverordnete Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke) hat eine Neufassung des Antrages vorgelegt und beantragt die separate Abstimmung über die einzelnen Punkte. Die Neufassung des Antrages liegt allen Stadtverordneten heute als Tischvorlage vor.

Der neugefasste Antrag hat folgenden Text:

1.) Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg beauftragt den Magistrat, auf die Geschäftsführung der Stadtwerke einzuwirken, die Marburger Entsorgungsgesellschaft GmbH (MEG) abzuwickeln. Die Geschäftsfelder und Aufgaben der MEG sind auf den Dienstleistungsbetrieb der Stadt Marburg (DBM) zu übertragen. Die MitarbeiterInnen der MEG sind in den DBM zu überführen.

2.) Die Beschäftigung der MitarbeiterInnen der MEG soll nach den Bedingungen des TVÖD erfolgen.

3.) Der Magistrat wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass beim DBM keine Leiharbeiter beschäftigt werden.

4.) § 2 des Haustarifvertrages der MEG ist einzuhalten.

Dazu schlägt der Stadtverordnete Göttling (Bündnis 90/Die Grünen) vor, die Nr. 4 des geänderten Antrages wie folgt zu fassen:

4. Der § 2 des Tarifvertrages ist im Einvernehmen mit dem Betriebsrat anzupassen.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung den geänderten Antragstenor der Fraktion Marburger Linke abzulehnen. Weiterhin empfiehlt der Ausschuss den Änderungsantrag des Stadtverordneten Göttling (Bündnis 90/Die Grünen) zu Ziffer 4. anzunehmen. Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Debatte sprechen der Stadtverordnete Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke), Stadträtin Dr. Weinbach und Bürgermeister Dr. Kahle.

Nach der Aussprache lässt der Stadtverordnetenvorsteher wie beantragt über die Ziffern 1 bis 4 der geänderten Vorlage separat abstimmen.

Zu Ziffer 1.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und Nein-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Zu Ziffer 2.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und Nein-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Zu Ziffer 3.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und Nein-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Zu Ziffer 4.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt alternativ abstimmen über die Ziffer 4 des geänderten Antrages der Fraktion Marburger Linke und über die Formulierung zu Ziffer 4, die der Stadtverordnete Göttling im Haupt- und Finanzausschuss vorgeschlagen hat.

Für die Ziffer 4 des Antrages der Fraktion Marburger Linke spricht sich die Fraktion Marburger Linke aus. Für den vom Stadtverordneten Göttling vorgeschlagenen Antragstext zu Ziffer 4 sprechen sich die Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP und MBL aus. Damit hat die Stadtverordnetenversammlung zu Ziffer 4 folgenden Beschluss gefasst:

Der § 2 des Tarifvertrages ist im Einvernehmen mit dem Betriebsrat anzupassen.

---

zu 17.10 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Einzelhandel Vorlage: VO/1772/2010

Mit diesem Tagesordnungspunkt wird gleichzeitig aufgerufen der

Tagesordnungspunkt 17.24 Antrag der Fraktion SPD und Bündnis 90/Die Grünen betr. Allianzhaus.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet zu den Vorlagen der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD).

Zu TOP 17.10:

Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Ablehnung des Antrages. Aussprache wurde beantragt.

Zu TOP 17.24:

Der Stadtverordnete Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke) stellte den Änderungsantrag, dass in dem Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen unter Nr. 2 die Zahl 12.000 qm auf 10.000 qm geändert wird.

Dieser Änderungsantrag wurde vom Bau- und Planungsausschuss mehrheitlich abgelehnt.

Die Stadtverordnete Busch (Bündnis 90/Die Grünen) ergänzt den Antrag ihrer Fraktion um einen neuen Punkt 6 mit folgendem Text:

6. Besonders wichtige Bereiche wie Lebensmittelmarkt und Postdienstleistung müssen zwingend als Angebot erhalten bleiben.

Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung den ergänzten Antrag anzunehmen.

Im Rahmen der Aussprache sprechen die Stadtverordneten Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke), Stompfe (CDU), Hussein (SPD) und Busch (Bündnis 90/Die Grünen). Für den Magistrat spricht Oberbürgermeister Vaupel.

Nach der Aussprache stellt der Stadtverordnete Sawalies (FDP) den Geschäftsordnungsantrag auf Einzelabstimmung der einzelnen Unterpunkte beim TOP 17.24.

Dagegen wird nicht gesprochen.

Abstimmung zum Tagesordnungspunkt 17.10:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und Nein-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

Der Antrag Tagesordnungspunkt 17.10 wird abgelehnt.

Beschlussfassung zu TOP 17.24:

Der Stadtverordnetenvorsteher ruft zunächst den Änderungsantrag der Fraktion Marburger Linke auf, in Ziffer Nr. 2 die Zahl 12.000 qm auf 10.000 qm abzuändern.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und Nein-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

Der Änderungsantrag wird abgelehnt.

Es folgt die Einzelabstimmung zu den Ziffern 1. bis 6.

Zu Ziffer 1.
Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung von CDU und MBL mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

1. Es ist auf einen klaren Branchenmix zu achten. Dabei sollen die Bedürfnisse der Oberstadt beachtet werden und Verdrängungseffekte auf jeden Fall vermieden werden. Dies soll auch erreicht werden, indem das Gebäude keine geschlossene Einkaufswelt wird, sondern sich dem räumlichen Umfeld öffnet und auf optimale Wegebeziehungen zur Oberstadt geachtet wird.

Zu Ziffer 2.
Die Stadtverordnetenversammlung fasst Enthaltung der Fraktion Marburger Linke mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

2. Die Verkaufsfläche des künftigen Einkaufszentrums soll 12.000 qm nicht übersteigen.

Zu Ziffer 3.
Die Stadtverordnetenversammlung fasst gegen die Stimmen der Fraktion Marburger Linke und Ja-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

3. Eine Integration des Fachbereichs Jura in das neu zu errichtende Gebäude ist gewünscht und soll in Abstimmung mit dem Präsidium der Philipps-Universität erfolgen.

Zu Ziffer 4.
Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken sowie Nein-Stimmen von CDU, FDP und MBL folgenden Beschluss:

4. Zur verträglichen Steuerung des Verkehrs sind Konzepte zu entwickeln und öffentlich zur Diskussion zu stellen. Zusätzlicher motorisierter Individualverkehr ist zu vermeiden.

Zu Ziffer 5.
Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der CDU-Fraktion mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

5. Zur Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen, in den Dimensionen angepassten Architektur ist ein Wettbewerb durchzuführen.

Zu Ziffer 6.
Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der CDU-Fraktion mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

6. Besonders wichtige Bereiche wie Lebensmittelmarkt und Postdienstleistung müssen zwingend als Angebot erhalten bleiben

Nach der Beschlussfassung stellt der Stadtverordnete Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke) den Geschäftsordnungsantrag, die Sitzung hier zu beenden und eine Fortsetzungssitzung im Februar anzuberaumen.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt darüber abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und Nein-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

Der Geschäftsordnungsantrag wird abgelehnt.

---

zu 17.24 Antrag der Fraktionen SPD/B90/Die Grünen betr. Allianzhaus Vorlage: VO/0037/2011

Dieser Tagesordnungspunkt wurde gleichzeitig mit dem Tagesordnungspunkt 17.10 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Einzelhandel aufgerufen und beraten.

---

zu 5 Stiftung des "Jürgen-Markus-Preis: Marburg barrierefrei" Vorlage: VO/1769/2010

Antrag aller Fraktionen und des Magistrats

Für den Sozialausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift. Der Sozialausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Zum Gedenken an das Leben und Wirken von Jürgen Markus (12.09.1957 - 05.02.2010) stiftet die Universitätsstadt Marburg den „Jürgen-Markus-Preis: Marburg-barrierefrei“. Der mit 20.000 EUR dotierte Preis soll alle 2 Jahre vergeben werden für Maßnahmen, Initiativen und Projekte in der Universitätsstadt Marburg, die

- **zum Abbau von Barrieren in Straßen und Häusern,**
- **zum Aufbau des freien Zugangs zu sozialem Leben und Kultur und**
- **zur Teilhabe und Inklusion von Menschen mit und ohne Behinderungen**

führen.

Über die Vergabe des Preises entscheidet ein Kuratorium, dessen Zusammensetzung und Geschäftsordnung der Magistrat im Benehmen mit allen Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung bestimmt.

---

zu 6 **Marburger Ortsrecht**
hier: I. Nachtrag zur Satzung über die Erhebung einer Steuer auf Spielapparate und auf das Spielen um Geld oder Sachwerte im Gebiet der Universitätsstadt Marburg
Vorlage: VO/0013/2011

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der beigefügte I. Nachtrag zur Satzung über die Erhebung einer Steuer auf Spielapparate und auf das Spielen um Geld oder Sachwerte im Gebiet der Universitätsstadt Marburg wird beschlossen.

---

zu 8 **Bauleitplanung der Universitätsstadt Marburg**
Beschluss für die Flächennutzungsplanänderung Nr. 3/5 „Elisabethenhof Marburg“ und Aufstellungsbeschluss für den Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 3/8 „Elisabethenhof“ in Marburg
Vorlage: VO/1722/2010

Für den Umweltausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Dr. Musket (SPD). Der Umweltausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Auch der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Für den im Übersichtsplan gekennzeichneten Bereich wird,

1. die Änderung des Flächennutzungsplanes Nr. 3/5 „Elisabethenhof Marburg" und
2. die Aufstellung des Vorhaben- und Erschließungsplanes (§ 12 BauGB) Nr. 3/8 „Elisabethenhof Marburg" in Marburg

gemäß § 2 BauGB beschlossen.

---

zu 9 **Bauleitplanung der Universitätsstadt Marburg**
Öffentliche Auslegung des Bebauungsplanentwurfes Nr. 7/6

„Wassergasse -Schubbelackerweg“ in Marburg
Vorlage: VO/1726/2010

Für den Umweltausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Dr. Musket (SPD). Der Umweltausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Auch der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) wird die öffentliche Auslegung des Bebauungsplanentwurfes Nr. 7/6 „Wassergasse - Schubbelackerweg“ in Marburg beschlossen.

---

zu 10 Bauleitplanung der Stadt Marburg; Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 11/7, Campus Lahnberge, Synthetische Mikrobiologie
Vorlage: VO/1756/2010

Für den Umweltausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende

Stadtverordneter Dr. Musket (SPD). Der Umweltausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Auch der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Für den im beiliegenden Plan umgrenzten Bereich wird die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 11/7, Campus Lahnberge, Synthetische Mikrobiologie, gemäß § 2 Baugesetzbuch (BauGB), beschlossen.

---

zu 11 Bauleitplanung der Universitätsstadt Marburg Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 6/13 (inkl. Teiländerung 6/21) Alte Kasseler Straße/Schützenstraße
Vorlage: VO/1757/2010

Für den Umweltausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Dr. Musket (SPD). Der Umweltausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Auch der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. **Für den im beiliegenden Plan umgrenzten Bereich wird die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 6/13 (inkl. Teiländerung 6/21) Alte Kasseler Straße Schützenstraße gemäß § 2 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen.**

2. **Der Bebauungsplan wird im „beschleunigten Verfahren“ gemäß § 13 a BauGB aufgestellt.**

---

zu 12 Bauleitplanung der Stadt Marburg Bebauungsplan Nr. 18/8-4. Änderung, „Beltershäuser-/Cappeler Straße, tegut-Markt“ im Stadtteil Cappel
- Bericht über die Ergebnisse der Prüfung der eingegangenen Anregungen
- Satzungsbeschluss
- Beschluss über die gestalterischen Festsetzungen
Vorlage: VO/1731/2010

Für den Umweltausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Dr. Musket (SPD). Der Umweltausschuss empfiehlt die Annahme dieser Vorlage.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Auch der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP, Nein-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und bei Enthaltung der MBL-Fraktion folgenden Beschluss:

1) Die während der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) Baugesetzbuch (BauGB) und der Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB abgegebenen Stellungnahmen wurden mit nachstehendem Ergebnis geprüft:

a) die unter den laufenden Nummern 1, 2, 5, 7, 11 gelisteten Stellungnahmen werden berücksichtigt,
b) die unter der laufenden Nummer 13 gelistete Stellungnahme wird nicht berücksichtigt,
c) die unter den laufenden Nummern 3, 4, 6, 8, 9, 10, 12 geleisteten Stellungnahmen werden teilweise berücksichtigt,.
d) Die Grundzüge der Planung werden von den Planänderungen in Folge der Stellungnahmen nicht berücksichtigt.

2) Der Bebauungsplan Nr. 18/8-4. Änderung, „Beltershäuser-/Cappeler Straße, tegut-Markt“ im Stadtteil Cappel wird einschließlich Begründung und Genehmigungsplanung zum Knotenumbau L 3089/L 3125 unter Bezug auf die folgende Begründung als Satzung beschlossen.

3) **Die gestalterischen Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 18/8-4. Änderung, „Beltershäuser-/Cappeler Straße, tegut-Markt“ im Stadtteil Cappel werden gemäß § 81 Hessische Bauordnung (HBO) und § 9 Baugesetzbuch (BauGB) für diesen Bebauungsplan beschlossen.**

---

zu 13 Wirtschaftsplan 2011 der Stiftung St. Jakob Vorlage: VO/0029/2011

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den beigefügten Wirtschaftsplan 2011 der Stiftung St. Jakob.

---

zu 15 Dringlichkeitsanträge

---

zu 15.1 Dringlicher Antrag der SPD/B90/Die Grünen-Fraktionen und CDU betr. Altglasentsorgung Vorlage: VO/0076/2011

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird dringend gebeten, bei der Firma Sita zu intervenieren, um die Sicherstellung der Altglasentsorgung zu erreichen.

---

zu 16 Anträge des Kinder- und Jugendparlaments

---

zu 16.1 Antrag des Kinder- und Jugendparlaments betr. Einrichtung eines Zebrastreifens in der Biegenstraße, Höhe Stadthalle Vorlage: VO/1743/2010

Für den Umweltausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Dr. Musket (SPD). Der Umweltausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, ob die Einrichtung eines Zebrastreifens in der Biegenstraße, Höhe Stadthalle möglich ist.

---

zu 16.2 Antrag des Kinder- und Jugendparlaments betr. Sportmöglichkeiten in den Ferien Vorlage: VO/1744/2010

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dinnebier (SPD).

Der Schul- und Kulturausschuss hat den Beschlusstenor dieser Vorlage wie folgt abgeändert:

Der Schul- und Kulturausschuss beauftragt den Fachdienst Sport, das Kinder- und Jugendparlament über das Verfahren zur Nutzung der Sporthallen in den Ferien zu informieren.

Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung zu diesem veränderten Beschlusstenor.

Gegen dieses Verfahren wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Widerspruch vorgetragen. Folglich gilt dies als vereinbart. Eine Beschlussfassung über die Vorlage erübrigt sich daher.

---

zu 17 Anträge der Fraktionen

---

zu 17.1 Antrag der Fraktionen SPD u. Bündnis 90/Die Grünen betr. “Zukunftsplan für den August-Bebel-Platz“ Vorlage: VO/0160/2009

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig zu diesem Antrag folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg

beauftragt den Magistrat der Stadt Marburg, einen Zukunftsplan für den August-Bebel-Platz, die angrenzenden Gebäude und die Verkehrsführung auf der Marburger Straße zu entwickeln.

Hierbei sind die jetzigen Nutzungen (Jugendhaus, Sportvereine, Vereinsleben und Ortsvorsteherbüro mit Verwaltungsaußenstelle) in die Planungen mit ein zu beziehen.

---

zu 17.2 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Geschäftsordnung des Beirats für Stadtgestaltung
Vorlage: VO/0259/2009

Der Antrag befindet sich noch im Beratungsgang der dafür gebildeten Arbeitsgemeinschaft der Fraktionen. Eine Entscheidung wird in der kommenden Legislaturperiode getroffen werden.

---

zu 17.3 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Satzung des Beirats für Stadtgestaltung
Vorlage: VO/0261/2009

Der Antrag befindet sich noch im Beratungsgang der dafür gebildeten Arbeitsgemeinschaft der Fraktionen. Eine Entscheidung wird in der kommenden Legislaturperiode getroffen werden.

---

zu 17.5 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Verbesserung des Stadtpasses für VHS-BesucherInnen
Vorlage: VO/1714/2010

Die Vorlage ist im Sozialausschuss beraten worden. Im Anschluss daran hat die antragstellende Fraktion den Antrag zurückgezogen.

Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

---

zu 17.6 Antrag der Fraktionen SPD und B90/Die Grünen betr. Verkehrsberuhigung der Ortsdurchfahrt Bauerbach
Vorlage: VO/1758/2010

Der Antrag ist zu Beginn der Sitzung per Mehrheitsentscheidung an den Ortsbeirat des Stadtteils Bauerbach zur Beratung und Stellungnahme überwiesen worden. Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

---

zu 17.7 Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen und SPD betr. Gelbe Säcke Vorlage: VO/1764/2010

Für den Umweltausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Dr. Musket (SPD). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der FDP-Fraktion und mit Ja-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt den Magistrat in seinem Bemühen, den Wechsel bei der Abholung der „Gelben Säcke" vom DBM zu Sita für die Marburger Bürgerinnen und Bürger möglichst reibungslos erfolgen zu lassen.

Wichtig ist dabei, dass

1. **alle Marburger Bürgerinnen und Bürger in ausreichendem Maße über die Neuorganisation der Entsorgung der "Gelben Säcke" ab dem 1. Januar 2011 und der sich daraus ergebenen praktischen Veränderungen informiert sind.**

2. **die Firma Sita, die in den letzten 20 Jahren vom Dienstleistungsbetrieb der Stadt Marburg eingeführten, verschiedenen bürger- und kundenfreundlichen und an den Bedürfnissen vor Ort orientierten Angebote weiterführt.**

3. **die Grundverteilung der „Gelben Säcke" für alle Marburgerinnen und Marburger zeitnah sichergestellt wird.**

4. **die nachfolgende Bedarfsdeckung der „Gelben Säcke" bürgerfreundlich an mehreren Ausgabestellen im Stadtgebiet erfolgt.**

5. **der Müllabfuhrplan für die „Gelben Säcke" auch in geeigneter Form für blinde sowie sehbehinderte Menschen erstellt wird und wie der Müllabfuhrkalender des DBM barrierefrei über das Internet verfügbar ist.**

6. **Beschwerdemöglichkeiten auch direkt bei der Firma Sita bekannt gemacht werden.**

---

zu 17.8 Antrag der MBL-Fraktion betr. Erweiterung des Sanierungsgebiets Nordstadt
Vorlage: VO/1770/2010

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Ablehnung des Antrages.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von CDU, FDP und MBL und Nein-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

---

zu 17.9 Antrag der MBL-Fraktion betr. Solarbäume am Messegelände
Vorlage: VO/1771/2010

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Ablehnung des Antrages.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von CDU, FDP und MBL und Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

---

zu 17.11 Antrag der CDU-Fraktion betr. Anbringung eines Spiegels gegenüber der Einmündung Rollwiesenweg - Frauenbergstraße
Vorlage: VO/1773/2010

Für den Umweltausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Dr. Musket (SPD). Der Beschlusstenor des Antrages wurde im Umweltausschuss wie folgt abgeändert:

Der Magistrat wird aufgefordert zu prüfen, ob ein Verkehrsspiegel gegenüber der Einmündung Rollwiesenweg auf die Frauenbergstraße angebracht werden kann.

In dieser Fassung empfiehlt der Umweltausschuss die Zustimmung.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über die geänderte Antragsfassung abstimmen. Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert zu prüfen, ob ein Verkehrsspiegel

gegenüber der Einmündung Rollwiesenweg auf die Frauenbergstraße angebracht werden kann.

---

zu 17.12 Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen betr. Standorte von Defibrillatoren am Richtsberg Vorlage: VO/0001/2011

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen). Der Beschlusstext der Vorlage ist im Sozialausschuss auf folgende Fassung abgeändert worden:

Der Magistrat der Universitätsstadt Marburg wird beauftragt zu prüfen, in welchen Stadtteilen und an welchen Standorten Defibrillatoren aufgestellt werden sollen.

In dieser Fassung empfiehlt der Sozialausschuss die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat der Universitätsstadt Marburg wird beauftragt zu prüfen, in welchen Stadtteilen und an welchen Standorten Defibrillatoren aufgestellt werden sollen.

---

zu 17.13 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Stelle eines Sozialplaners Vorlage: VO/0002/2011

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen). Der Sozialausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Ablehnung des Antrages. Aussprache wurde angemeldet.

Die Vorlage ist auch im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Auch im Haupt- und Finanzausschuss wurde der Antrag zur Ablehnung empfohlen, sowie Aussprache angemeldet.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über den Antrag abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Nein-Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen sowie Ja-Stimmen von CDU, FDP, MBL und Marburger Linken folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

---

zu 17.14 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Bebauungsplan 1/30a

Biegen- und Deutschhausviertel
Vorlage: VO/0003/2011

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Antrag wurde im Bau- und Planungsausschuss nach ausführlicher Beratung zur Ablehnung empfohlen. Aussprache wurde angemeldet.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von Marburger Linken, FDP und MBL, Nein-Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen und bei Enthaltung der CDU-Fraktion folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

---

zu 17.15 Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen betr. Finanzielle Kürzungen bei Kooperation von Sportvereinen mit Schulen
Vorlage: VO/0004/2011

Diesem Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen sind die Fraktionen CDU, MBL und Marburger Linke beigetreten.

Die Vorlage wurde im Schul- und Kulturausschuss beraten. Es berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dinnebier (SPD). Der Schul- und Kulturausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat, die Hessische Kultusministerin Henzler dazu aufzufordern, die Kürzungen von Zuschüssen für die Kooperationen von Schulen mit Sportvereinen im laufenden Schuljahr zurückzunehmen.

---

zu 17.16 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Kilian
Vorlage: VO/0005/2011

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Ausschuss empfiehlt den Antrag abzulehnen. Aussprache wurde beantragt.

Die Vorlage ist auch im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Ablehnung des Antrages. Auch hier wurde Aussprache angemeldet.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke, Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU, sowie bei Enthaltung von FDP und MBL folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

---

zu 17.17 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen u. SPD betr. Unterstellmöglichkeiten und Sitzgelegenheiten an den Bushaltestellen Vorlage: VO/0014/2011

Für den Umweltausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Dr. Musket (SPD). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken zu prüfen, ob an den Bushaltestellen ausreichend Sitz- und Unterstellmöglichkeiten vorhanden sind und diese ggf. ergänzen.

Bei der Wahl von Sitzmöbeln ist den besonderen ergonomischen Bedürfnissen Älterer Rechnung zu tragen. Insbesondere ist auf eine angemessene Sitzhöhe zu achten. Vordringlich ist eine vandalismussichere Ausführung, wobei Holzbänke mit ihren angenehmeren Sitzeigenschaften bevorzugt an Einzelhaltestellen in den Außenstadtteilen zum Einsatz kommen können.

---

zu 17.18 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Wiederanschluss der Bushaltestelle „Sonnenblickallee“ an den Marburger ÖPNV Vorlage: VO/0018/2011

Für den Umweltausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Dr. Musket (SPD). Der Antragstenor wurde im Umweltausschuss auf folgende Fassung abgeändert:

Der Magistrat wird gebeten, dafür Sorge zu tragen, dass in den Zeiten von 19:37 Uhr (Montag bis Freitag), 18:07 Uhr (Samstag), 16:45 (Sonntag) wieder eine Anbindung des Oberen Richtsberges an den ÖPNV geschaffen wird.

In dieser Fassung empfiehlt der Umweltausschuss die Zustimmung.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über den geänderten Antragstext abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, dafür Sorge zu tragen, dass in den Zeiten von 19:37 Uhr (Montag bis Freitag), 18:07 Uhr (Samstag), 16:45 (Sonntag) wieder eine Anbindung des Oberen Richtsberges an den ÖPNV geschaffen wird.

zu 17.19 Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen betr. Radwegekonzept Lahnberge Vorlage: VO/0023/2011

Für den Umweltausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Dr. Musket (SPD). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Marburger Linken und MBL, Nein-Stimmen der FDP und bei Enthaltung der CDU-Fraktion folgenden Beschluss:

Der Magistrat der Stadt Marburg wird aufgefordert, bis zum Sommer 2011 ein Radwegekonzept für die Lahnberge vorzulegen.

1. **Die Lahnberge sollen - trotz der topgraphisch schwierigen Lage - sowohl von Cappel und Bauerbach, von Marburg Mitte und vom Marburger Norden aus für den Fahrradverkehr erschlossen werden.**
2. **Hierbei soll auch geprüft werden, inwieweit eine Verknüpfung von ÖPNV und Fahrradverkehr möglich ist.**
3. **Das Konzept soll einen Radwegeausbauplan für die nächsten 3 Jahre erhalten.**

---

zu 17.20 Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen betr. Anpassung der Richtlinien des Marburger Stadtpasses Vorlage: VO/0024/2011

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen).

Die Fraktion Marburger Linke hat im Sozialausschuss den Antrag gestellt, den Beschlusstext wie folgt zu verändern:

Der Magistrat wird beauftragt, die Richtlinien für den Marburger Stadtpass baldmöglichst wie folgt zu ändern:

1. Die Einkommensgrenzen des berechtigten Personenkreises sollen von dem derzeit ca. 1,5-fachen Regelsatz auf den 2-fachen Regelsatz erhöht werden.

2. Die Stadtpassinhaberinnen und -inhaber nutzen den ÖPNV kostenlos.

3. Neben den kostenlosen Deutsch- und Alphabetisierungskursen sollen zwei weitere Kurse bei der VHS oder der Familienbildungsstätte kostenlos belegt werden können.

4. Die Stadtpassinhaberinnen und -inhaber erhalten kostenlosen Eintritt in allen städtischen Bädern.

Dieser Änderungsantrag wurde im Sozialausschuss jedoch abgelehnt.

Zum Ausgangsantrag empfiehlt der Sozialausschuss der Stadtverordneten-versammlung die Zustimmung.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion Marburger Linke aus dem Sozialausschuss abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und Nein-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

Der Änderungsantrag wird abgelehnt.

Abstimmung über den Ausgangsantrag:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken, bei Nein-Stimmen der FDP und Enthaltungen von CDU und MBL folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, die Richtlinien für den Marburger Stadtpass baldmöglichst wie folgt zu ändern:

1. Die Einkommensgrenzen des berechtigten Personenkreises sollen von dem derzeit ca. 1,5-fachen Regelsatz auf den 2-fachen Regelsatz erhöht werden.

2. Der Zuschuss für den ÖPNV soll von derzeit 9 € pro Monatskarte bei Erwachsene auf 13 € und von 7 € pro Monatskarte bei Schülerinnen und Schüler auf 11 € erhöht werden.

3. Neben den kostenlosen Deutsch- und Alphabetisierungskursen soll ein weiterer Kurs bei der VHS oder der Familienbildungsstätte mit 80 % bezuschusst werden.

---

zu 17.21 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD betr. Spielplatz am Rübenstein Vorlage: VO/0025/2011

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen). Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. **Der Magistrat wird beauftragt, den Spielplatz Kugelgasse so umzugestalten, dass er für Kinder verschiedener Altersgruppen attraktiver wird. Dabei soll die mittelalterliche Atmosphäre der Oberstadt thematisch aufgegriffen werden.**

2. **Das Kinder- und Jugendparlament soll bei der Planung der Neugestaltung miteinbezogen werden.**

---

zu 17.22 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD betr. Stickstoffdioxidbelastung in Marburg Vorlage: VO/0026/2011

Für den Umweltausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Dr. Musket (SPD).

Der Umweltausschuss hat die Vorlage ausführlich beraten und über die Punkte 1 bis 3 getrennt abgestimmt. Alle Antragsteile werden der Stadtverordnetenversammlung zur Annahme empfohlen.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt genau wie im Umweltausschuss über die Punkte 1 bis 3 getrennt abstimmen.

Zu Punkt 1 der Vorlage:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken und Nein-Stimmen der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

1. **Die Stadtverordnetenversammlung zeigt sich in Sorge, dass laut den vorläufigen Daten des Hessischen Landesamts für Umwelt und Geologie auch im Jahr 2010 die Stickstoffdioxidbelastung in Marburg den verbindlichen EU-Grenzwert überschreitet.**

Zu Punkt 2:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

2. **Der Magistrat wird gebeten zu berichten, welche Maßnahmen er im Rahmen seiner Möglichkeiten unternommen hat, um die Luftqualität in Marburg zu verbessern. Dabei möge er auch ggf. auf Veränderungen hinweisen, die sich aufgrund des von der Landesregierung erstellten „Luftreinhalteplan Marburg“ ergeben haben, der im März 2009 in Kraft getreten ist.**

Zu Punkt 3:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken gegen die Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

3. **Der Magistrat wird gebeten, mit der Landesregierung und dem Regierungspräsidium Gießen in Gespräche zu treten, um den „Luftreinhalteplan Marburg“ ggf. nachzubessern. Dabei soll**

insbesondere der Forderung der Stadtverordnetenversammlung nach einem Tempolimit von 80km/h für Pkws und von 60km/h für LKWs auch vor dem Hintergrund der Stickstoffdioxidbelastung Nachdruck verliehen werden.

---

zu 17.23 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Geschäftsordnung für die Ortsbeiräte
Vorlage: VO/0032/2011

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Ablehnung der Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und Nein-Stimmen der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Der Oberbürgermeister berichtet dem Hause, dass mit den Damen und Herren Ortsvorstehern/Ortsvorsteherinnen anlässlich der Konferenz im November vergangenen Jahres vereinbart wurde, über eine eventuelle Veränderung der Geschäftsordnung für die Ortsbeiräte in der kommenden Legislaturperiode zu beraten und zu entscheiden.

---

zu 17.26 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Demokratiebewegung in Tunesien und in Marburgs Partnerstadt Sfax
Vorlage: VO/0045/2011

Die Vorlage ist im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss hat den Antrag an den Ältestenrat zur Beratung überwiesen.

Aus der Sitzung des Ältestenrates berichtet der Stadtverordnetenvorsteher. Dem Antrag der Marburger Linken sind die Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und MBL beigetreten. Die Vorlage wurde textlich geändert. Sie hat im Ältestenrat folgende Fassung erhalten:

Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg solidarisiert sich mit der Demokratiebewegung in Tunesien und insbesondere unserer Partnerstadt Sfax und wünscht ihr viel Erfolg bei der Ausgestaltung der neuen demokratischen Verhältnisse. Die Stadt Marburg wird, wenn es erwünscht wird, sie nach ihren Kräften dabei unterstützen.

Begründung: Marburg ist Partnerstadt der Stadt Sfax, daher liegt uns das Wohlergehen der Menschen dort besonders am Herzen.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über diesen Beschlusstext abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der CDU-Fraktion mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg solidarisiert sich mit der Demokratiebewegung in Tunesien und insbesondere unserer Partnerstadt Sfax und wünscht ihr viel Erfolg bei der Ausgestaltung der neuen demokratischen Verhältnisse. Die Stadt Marburg wird, wenn es erwünscht wird, sie nach ihren Kräften dabei unterstützen.

---

zu 18 Kenntnisnahmen

---

zu 18.1 Einwohner/innen Befragung zur Altenplanung Vorlage: VO/1699/2010

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den beiliegenden Bericht zur Altenplanung zur Kenntnis.

---

zu 18.2 Gebührenfreies 2. Kindergartenjahr Vorlage: VO/0006/2011

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Mit den im Doppelhaushalt 2010/2011 für 2010 veranschlagten Mitteln lässt sich ein beitragsfreies 2. Kindergartenjahr nicht realisieren.

---

zu 18.3 Satzung der Universitätsstadt Marburg für den "Beirat für Stadtgestaltung" Vorlage: VO/0021/2011

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den beigefügten Synopse der Satzung der Universitätsstadt Marburg für den "Beirat für Stadtgestaltung" sowie die Stellungnahme der IG MARSS e. V. vom 22.12.2010 zur Kenntnis.

Im Übrigen ist der Tagesordnungspunkt eingangs der Sitzung zurückgestellt worden.
Die Angelegenheit wird in der neuen Legislaturperiode wieder aufgegriffen werden.

---

zu 18.4 Wirtschaftliche Auswirkungen der Solarprojekte der GeWoBau auf das Hauptgeschäft der Wohnungsvermietung Vorlage: VO/0033/2011

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt von den nachfolgenden Ausführungen zu den wirtschaftlichen Auswirkungen der von der Gemeinnützige Wohnungsbau GmbH Marburg-Lahn (GeWoBau) betriebenen Solarprojekte Kenntnis.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Der Stadtverordnetenvorsteher geht in einem Redebeitrag auf die erledigten Vorlagen in der ablaufenden Legislaturperiode ein und bedankt sich für die gute Zusammenarbeit.

Alle Anwesenden werden auf die Galerie des Sitzungssaales zu einem gemütlichen Ausklang eingeladen.

Die Sitzung wird um 21:54 Uhr geschlossen.

Löwer
Stadtverordnetenvorsteher

Acker
Vorsitzender
der SPD-Fraktion

Stompfe
Vorsitzender
der CDU-Fraktion

Wagner
Protokoll und
Geschäftsstelle

Anlagen

Dringliche Anträge
Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfrage Nr. 16 bis Nr. 41

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 14.02.2011
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten
Dr. Hermann Uchtmann
Steinacker 16

35043 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 28.01.2011
hier: Frage Nr. 16

Am 26.2.2010 hat OB Vaupel der Stadtverordnetenversammlung zugesagt, die neue Struktur und das neue Konzept der Marburg Tourismus und Marketing GmbH vorzustellen. Wann wird er dieser Zusage nachkommen?

Sehr geehrter Herr Dr. Uchtmann,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Die Geschäftsführung der Marburg Tourismus und Marketing GmbH (MTM) hat zum 1.9.2010 gewechselt. Im Anforderungsprofil der Stelle spielte neben der touristischen

Aufgabenstellung auch die besondere Bedeutung der intensiven Zusammenarbeit mit den Bereichen Handel und Kultur eine wichtige Rolle. So hat der neue Geschäftsführer, der qua Amt zugleich 1. Vorsitzender des Markt- und Aktionskreises e.V. (MAK) ist, zusammen mit dem Vorstand die grundsätzliche Ausrichtung des Vereins im städtischen Gewerbemarketing neu überdacht und auf der Mitgliederversammlung im Dezember 2010 ein Positionspapier vorgestellt, das zum einen die Veranstaltungsorganisation und zum anderen die eigentliche Marketingarbeit anspricht. Desweiteren wird aktuell über eine verbesserte Zusammenarbeit mit den Werbekreisen vor den Toren unserer Stadt in Wehrda und Cappel neu nachgedacht und entschieden.

In der touristischen Ausrichtung werden bereits jetzt die Weichen für eine schlagkräftigere touristische gemeinsame Vermarktung der Angebote der Universitätsstadt Marburg und dem Marburger Land gestellt. So haben der MTM- und der Tour GmbH - Geschäftsführer dem Vorstand vorgeschlagen, ein Konzept für ein erweitertes, touristisch attraktives Marburger Land zu entwerfen.

Die Kooperation mit den wichtigen Kulturakteuren Marburgs wird fortgesetzt und, wie zum Beispiel mit dem Hessischen Landestheater Marburg, intensiviert.

In enger Zusammenarbeit mit dem Fachdienst Kultur arbeitet die MTM derzeit am Themenjahr Grimm 2012.
Im Tagungsbereich wurden im vergangenen Jahr die Rahmenbedingungen für verbesserte Konditionen geschaffen und ein Kooperationsvertrag mit der Philipps-Universität geschlossen.

Die MTM ist, wie alle entscheidenden Akteure aus Kultur, Handel und Tourismus, eng in den Stadtmarketingprozess eingebunden und wird ihr Handeln daran orientieren.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 14.02.2011
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Frau Stadtverordnete
Halise Adsan
Alter Kirchhainer Weg 6

35039 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 28.01.2011
hier: Frage Nr. 17

Die Einladung für die Übergabe der sanierten Räume im Turnergarten an die Emil-von-Behring-Schule am 17. Januar 2011 (ein DIN A4-Blatt) verschickte der Magistrat in einem Großumschlag mit dem Porto 1,45 Euro statt im Normalumschlag für 0,55 Cent. Was ist der Grund für diese Verschwendung und wie hoch sind die Mehrkosten für diese Aktion insgesamt?

Sehr geehrte Frau Adsan,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Während des umfangreichen Arbeitsanfalles zum Jahresende 2010 wurden die Einladungen zur Vorstellung der Baumaßnahme im Turnergarten versehentlich in DIN A5 Umschlägen versandt. Dabei wurde nicht bedacht, dass diese Versandart zu erhöhten Kosten führt. Nach außen wurden 61 Einladungen versandt; der Stadt Marburg ist somit ein Schaden in Höhe von 54,90 € entstanden.

Der Fachdienst Schule bedauert dies sehr und wird in Zukunft darauf achten, dass der Schriftverkehr kostengünstig übermittelt wird.

Es handelt sich dabei aber um einen echten Einzelfall. Üblicherweise werden die zahlreichen Einladungen des Fachdienstes Schule als Standardbrief für 0,55 Cent versandt.

Zuständige Dezernentin: Stadträtin Dr. Weinbach

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 14.02.2011
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Frau Stadtverordnete
Birgit Schäfer
Hirtengarten 6

35043 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 28.01.2011
hier: Frage Nr. 18

In der Graf-von-Stauffenberg-Straße hängen von den Dachrinnen der Häuser der GeWoBau nach Schneefall und bei Frost lange und dicke Eiszapfen, die beim Herabfallen Personenschäden verursachen können. Wie wird vorgebeugt?

Sehr geehrte Frau Schäfer,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Der GeWoBau Marburg-Lahn ist bewusst, dass es durch die zu diesem Zeitpunkt herrschenden Wetterbedingungen in Einzelfällen an den Gebäuden zu Eiszapfenbildung und drohender Gefahr durch Dachlawinen kommen kann. In der Regel ist jedoch durch die auf den Grundstücken vorhandene Wegeführung und die Ausstattung der Hauseingangsbereiche mit Vordächern eine Gefährdung auszuschließen.

Werden Gefährdungen bekannt, so werden die gefährdeten Bereiche durch Absperrung gesichert und soweit technisch möglich die Gefahrenursachen beseitigt.

Die GeWoBau wird durch Aushang in allen Häusern die Mieterschaft auf die möglicherweise bestehenden witterungsbedingten Gefährdungen hinweisen und darum bitten, drohende Gefährdungen der GeWoBau mitzuteilen, damit die notwendigen Maßnahmen eingeleitet werden können.

Die GeWoBau ist sich sicher, dass durch diese Maßnahmen und auch durch das umsichtige Verhalten der Mieterschaft bei diesen Witterungsbedingungen Gefährdungen vermieden werden können.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 14.02.2011
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Frau Stadtverordnete
Dr. Elke Therre-Staal
Schückingstraße 23

35037 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 28.01.2011
hier: Frage Nr. 19

Der Magistrat wird gebeten, sich dafür einzusetzen, dass der Rühlesche Garten vor dem nun leider ehemaligen Arbeitsgericht in der Gutenbergstraße erhalten bleibt.

Sehr geehrte Frau Dr. Therre-Staal,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Der in der Kleinen Anfrage angesprochene „Rühlesche Garten“ bleibt erhalten. Der für den Bereich des Arbeitsgerichtes geltende Bebauungsplan weist den begrünten Innenbereich als nicht bebaubare Grundstücksfläche aus. Insofern ist dort eine weitere Bebauung ausgeschlossen. Lediglich der Parkplatz direkt an der Gutenbergstraße, nördlich des Hauses Gutenbergstraße 35, weist eine Bauzone aus.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Kahle

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 14.02.2011
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Frau Stadtverordnete
Astrid Kolter
Hofstatt 18

35037 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 28.01.2011
hier: Frage Nr. 20

Liegt eine Dienstaufsichtbeschwerde gegen die Bauaufsicht wegen genehmigungsrechtlichen Verstößen im Zusammenhang mit dem Objekt "Wohnanlage Zeppelinstr. 31/31A in Marburg" vor und falls ja: wie wurde sie beschieden?

Sehr geehrte Frau Kolter,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Eine solche Dienstaufsichtsbeschwerde ist Anfang Januar 2011 eingegangen.
Sie wird derzeit geprüft und wurde somit noch nicht beschieden.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 14.02.2011
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Frau Stadtverordnete
Astrid Kolter
Hofstatt 18

35037 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 28.01.2011
hier: Frage Nr. 21

Wie bewertet der Magistrat den diesjährigen Weihnachtsmarkt um die Elisabethkirche vor dem Hintergrund des Beschlusses, mehr einheimisches Kunsthandwerk und fair gehandelte Produkte dort zur Geltung kommen zu lassen? Macht es aus Sicht des Magistrats im Hinblick auf die Besucherzahlen und Umsätze Sinn, den Markt an der Elisabethkirche „zwischen den Jahren" fortzuführen?

Sehr geehrte Frau Kolter,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Zum ersten Teil der Frage ist auf die Beantwortung einer kleinen Anfrage der Stadtverordneten Schäfer (Marburger Linke) von Oktober 2010 zu verweisen:

„Zunächst einmal gibt es für den Weihnachtsmarkt an der Elisabethkirche bessere bauliche Voraussetzungen als im vergangenen Jahr. Der Platz auf der Nordseite der Kirche wurde ebenso mit Steinplatten hergerichtet wie es auf der Südseite bereits seit einigen Jahren der Fall ist. Bei der baulichen Gestaltung mit dem Podest im Mittelbereich wurden die Erfordernisse insbesondere der Platzbedarf für den Weihnachtsmarkt in Übereinstimmung mit dem Kirchenvorstand und städtebaulichen Aspekten gebracht, so dass künftig ein attraktiver Rundkurs über den Weihnachtsmarkt möglich ist.

Die Gestaltung der Stände in diesem Bereich ist erstmals einheitlich mit attraktiven Holzhütten, d. h. dass es dort keine Buden mit Kirmescharakter mehr gibt. Für 2011 ist in Abstimmung mit dem Marktveranstalter vorgesehen, dass auch die Stände vor der Kirche und auf der Südseite durch Holzhütten ersetzt werden.

Für den Markt konnten einige zusätzliche Stände gewonnen werden. Im Kunsthandwerksbereich wird es einen Glasbläserstand geben und im kulinarischen Bereich einen Marburger Händler mit mediterranen Produkten.

Insgesamt ist die Akquisition von Angeboten mit Produkten aus dem Marburger Raum außerordentlich schwierig. In Frage kommende und angesprochene Händler reagieren oft abwehrend mit Hinweisen auf das vorhandene Ladengeschäft in Marburg („Zusätzliche Hütte auf dem Weihnachtsmarkt bringt nichts.“) und zusätzliche Personalkosten. Im Unterschied zu kleinen Märkten in der Umgebung, bei denen man schon mal Samstag/Sonntag steht, sei es kostenmäßig nicht darstellbar, rund vier Wochen auf dem Weihnachtsmarkt präsent zu sein. Auch Buden mit nach mehreren Tagen wechselndem Laden wurden abgelehnt.

Auch regionales Kunsthandwerk ist kaum dazu zu bewegen teilzunehmen, weil es wirtschaftlich und personell für diese über vier Wochen nicht darstellbar ist.

Hinsichtlich einer Kontrolle zu fair gehandelter Ware und dem nachweislichen Ausschluss von Kinderarbeit ist festzustellen, dass solche Kontrollen mit vernünftigem Aufwand faktisch nicht möglich sind. Dabei muss man sich auf die Angaben der Standbetreiber verlassen, die dieses aber teilweise selbst nicht genau wissen.

Unter dem Strich ist festzustellen, dass gegenüber 2009 in 2010 ein deutlicher Schritt in Richtung auf einen attraktiveren Weihnachtsmarkt an der Elisabethkirche im Sinne des Stadtverordnetenbeschlusses von Anfang 2010 gemacht werden wird, weitere Verbesserungen in 2011 geschehen werden, dass aber auch einige Aspekte des Beschlusses sich praktisch nicht umfassend werden umsetzen lassen. Die AG Weihnachten mit Beteiligten aus Marktveranstaltern, Werbekreisen, Kirchen, Stadtverwaltung, Einzelhandel u. a. wird jedoch weiter daran arbeiten.“

Die Frage, inwieweit die Öffnung des Weihnachtsmarktes an der Elisabethkirche auch „zwischen den Jahren“ bis zum 30. Dezember sich bewährt hat, ist negativ zu beantworten. Nach 2009 war auch 2010 der Besuch nur mäßig, vermutlich wegen vieler traditioneller Märkte in den Umlandgemeinden, die gleichzeitig, aber nur 1 oder 2 Tage stattfinden. Trotzdem war es sinnvoll, den Versuch einer Öffnung zwischen den Jahren wie in einigen anderen Städten zu unternehmen. Auf dem Weg zu einer präsentablen „Weihnachtsstadt Marburg“ ist es wichtig, auch unkonventionelle Dinge zu testen. Die AG Weihnachten wird in ihrer Nachbetrachtung sich auch mit der Dauer des Weihnachtsmarktes an der Elisabethkirche beschäftigen.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 14.02.2011
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Frau Stadtverordnete
Birgit Schäfer
Hirtengarten 6

35043 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 28.01.2011
hier: Frage Nr. 22

Sind bereits Bewerbungen von potentiellen Investoren, die an einer Bebauung des ehemaligen „Germanenplatzes“ im Rahmen des beschlossenen Bebauungsplanes interessiert sind, hervorgetreten?

Sehr geehrte Frau Schäfer,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Entsprechend des Ausschreibungstextes in der Oberhessischen Presse vom 30. Oktober 2010 wurden bis zur Fristsetzung am 15. Januar 2011 vier Gebote für die Bebauung des Germanenplatzes abgegeben.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Kahle

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG

Marburg, 14.02.2011
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18

- 09 - Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten
Dr. Michael Weber
Chemnitzer Straße 33

35039 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 28.01.2011
hier: Frage Nr. 23

Welche Maßnahmen ergreift der Magistrat um den Winterdienst in Zukunft so zu gestalten, dass insbesondere Personen mit Geh- oder Sehbehinderung, sowie Radfahrer oder Eltern mit Kinderwagen nicht wie bisher durch das Abladen von Schnee und Eis auf Rad- und Fuß- und Fußgängerüberwegen in ihrer Mobilität z. B. durch das Verschwinden von Radwegen oder die Unzugänglichkeit von Ampelanlagen eingeschränkt werden?

Sehr geehrter Herr Dr. Weber,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Bei der Beurteilung der Situation in diesem Winter muss unbedingt berücksichtigt werden, dass die Menge des Niederschlags und die Länge der durchgehenden Frostperiode für Marburger Verhältnisse extrem ungewöhnlich waren. Die hierdurch entstandenen Probleme waren in allen Bereichen des öffentlichen Lebens deutlich zu spüren. Auch wenn Menschen mit Behinderungen, Radfahrer und Eltern mit Kinderwagen häufig stärker von den Einschränkungen betroffen waren, mussten alle Bürgerinnen und Bürger die Auswirkungen des Winters in Kauf nehmen.

Nach den Vorschriften der Straßenreinigungssatzung sind die Anlieger von Straßen dazu verpflichtet, die Gehwege in einer Breite von 1,50 Metern von Schnee und Eis zu befreien oder entsprechend abzustumpfen. Der Schnee, der von den Gehwegen geräumt wird, ist nach Möglichkeit auf dem eigenen Grundstück zu lagern, damit die Schneeberge an den Straßenrändern nicht zu schnell wachsen und zu unüberwindbaren Hindernissen werden. Die Pflicht der Anlieger beinhaltet auch, die Zugänge zu Fußgängerüberwegen, Bushaltestellen oder Lichtsignalanlagen frei zu halten.

Der FD Straßenverkehr geht allen Mitteilungen von Bürgerinnen und Bürgern nach und führt im gesamten Stadtgebiet permanent Winterdienstkontrollen durch.

Die Bürgerinnen und Bürger werden schriftlich oder mündlich auf ihre Pflichten hingewiesen. In einigen wenigen Fällen, in denen der Winterdienst verweigert wurde, oder eine besondere Gefährdung für Fußgängerinnen und Fußgänger vorgelegen hat, wurden Bußgeldverfahren eingeleitet. Hierbei musste jedoch sehr sensibel vorgegangen werden, da die Möglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger, aber auch die des DBM, wegen der ungewöhnlichen Schneemassen und der zeitweise fehlenden Möglichkeit sich mit Streusalz einzudecken, sehr eingeschränkt waren.

In den Fällen, in denen Menschen eine besondere Hilfe brauchten, z. B. als ein behinderter Mensch nicht von seinem Fahrdienst zur Therapie gefahren werden konnte oder eine Frau mit einer Problemschwangerschaft für Rettungswagen erreichbar sein musste, wurden durch den FD Straßenverkehr und den DBM unverzüglich die notwendigen Maßnahmen eingeleitet um eine sichere Versorgung zu gewährleisten.

In einer gemeinsamen Aktion von DBM, FD Straßenverkehr, FD Brandschutz, der Freiwilligen Feuerwehr Marburg und dem THW wurden am 21.12.2010 sämtliche Bushaltestellen und Fußgängerüberwege im Innenstadtgebiet, den innenstadtnahen Stadtteilen und einigen Außenstadtteilen von Schnee und Eis befreit. Diese Aktion hat deutlich gezeigt, dass durch viel Engagement viel bewegt werden kann, aber die vorhandenen Ressourcen bei Weitem nicht ausreichen, um die damals vorhandenen Schneeberge flächendeckend abfahren zu können. Alleine, der bei dieser Aktion bewegte Schnee hatte schnell ein Volumen erreicht, dass der Einsatz schwerer Maschinen, wie Radlader und Lkw, notwendig wurde.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 14.02.2011
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Frau Stadtverordnete
Dr. Christa Perabo
Sauersgäßchen 2

35037 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 28.01.2011
hier: Frage Nr. 24

Kann der Magistrat Auskunft geben, welche Kosten für das Abschleppen der Pkw's von den überschwemmten Lahnuferparkplätzen in den vergangenen Jahren angefallen sind?

Sehr geehrte Frau Dr. Perabo,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Die Kosten für die Abschleppmaßnahmen von den überschwemmten Lahnuferparkplätzen werden von den Fahrzeughalterinnen oder den Fahrzeughaltern getragen. Der Stadt Marburg entstehen keine Kosten.

Im Jahr 2010 wurden zwei Fahrzeuge abgeschleppt. Die Kosten für die Fahrzeughalter betrugen jeweils 201,00 €.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 14.02.2011
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten
Ulrich Severin
Ginseldorfer Weg 14 a

35039 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 28.01.2011
hier: Frage Nr. 25

Welchen zusätzlichen Einsatz von Unternehmen und welchen zusätzlichen Personaleinsatz kann der DBM beim Winterdienst mobilisieren und welche zusätzlichen Kosten entstehen dadurch?

Sehr geehrter Herr Severin,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Bisher wurden keine zusätzlichen, externen Unternehmen im öffentlichen Straßen- und Gehwegräumdienst der Stadt Marburg eingesetzt. Die aktuelle extreme Witterung mit außergewöhnlich hohem Schneefall hat dazu geführt, dass Ende 2010 zur Beseitigung der Schneemengen an Bushaltestellen und Straßenübergängen die Feuerwehr und das THW gebeten wurden, beim Abtransport der Schneemassen logistisch zu unterstützen.

Grundsätzlich waren in der Vergangenheit die personellen Ressourcen des DBM und der Hochbauwerkstatt sowie den Landwirten in den Stadtteilen für den Winterdiensteinsatz ausreichend. In den letzten Jahren haben aber zwei Landwirte den Winterdiensteinsatz in den Stadtteilen Bauerbach, Ginseldorf und der Marbach aufgegeben. Dies führte dazu, dass diese Bereiche vom DBM mit abgedeckt werden mussten. Daher würde es für die Verbesserung des Straßenräumdienstes einen Lösungsansatz darstellen, in den jeweiligen Stadtteilen unter enger Einbindung der Ortsbeiräte Landwirte zu finden, die bereit sind, den Straßenräumdienst in den Stadtteilen wieder zu übernehmen. Dies würde zu einer spürbaren Entlastung und gleichzeitigen Verbesserung des Winterdienstes insgesamt führen. Die Kosten lassen sich im Vorfeld nicht exakt bestimmen, da diese von der Anzahl der Einsätze abhängig sind und entsprechend der Witterung stark schwanken können.

Parallel dazu werden, basierend auf den Erfahrungen des diesjährigen Winters Überlegungen angestellt und geprüft, welche Gestaltungsmöglichkeiten bestehen, um ggf. erforderliche Redundanzen zu bilden und Reserven zur Verfügung zu haben. Im Moment können dazu aber noch keine konkreten Ergebnisse vorgelegt werden.

Zuständige Dezernenten: Oberbürgermeister Vaupel und Stadträtin Dr. Weinbach

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 14.02.2011
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten
Ulrich Severin
Ginseldorfer Weg 14 a

35039 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 28.01.2011
hier: Frage Nr. 26

Welche Einrichtungen bieten „Begleiteten Umgang“ an und welche davon bieten Umgangsbegleitung auch in den Abendstunden, an Wochenenden und Feiertagen?

Sehr geehrter Herr Severin,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Folgende Einrichtungen bieten in Marburg Begleiteten Umgang an bzw. werden für Begleiteten Umgang in Anspruch genommen:
Die Erziehungsberatungsstelle Ortenberg – die EB führt die meisten BU-Fälle durch -, Ambera (Jugendheim Marbach GmbH), DKSB. In Einzelfällen wurde in den letzten Jahren auch BU vom Pflegekinderdienst sowie von dem Sachgebiet Ambulante Erziehungshilfe durchgeführt, wenn die Kinder, um die es bei dem BU ging, auch Erziehungshilfemaßnahmen in diesen Diensten erhielten.

Darüber hinaus kann auch die Erziehungsberatungsstelle Philippshaus, der Sozialdienst Katholischer Frauen, Wildwasser, Pro Familia, Kath. Ehe-, Familien- und Lebensberatung und der St. Elisabeth-Verein mit BU beauftragt werden. Uns sind derzeit keine Fälle bekannt, die von diesen Trägern durchgeführt werden.

Nach unserer Kenntnis werden BU nicht an den Wochenenden und Feiertagen durchgeführt. In einigen Fällen dauern BU auch in die Abendstunden an, dies wird von den anbietenden Trägern in Eigenverantwortung organisiert und wird dem FB Kinder, Jugend, Familie gegenüber nicht immer mitgeteilt.

Die Familiengerichte haben auch die Möglichkeit, für den Umgang an Wochenenden eine Umgangspflegschaft anzuordnen.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Kahle

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 14.02.2011
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten
Dr. Hermann Uchtmann
Steinacker 16

35043 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 28.01.2011
hier: Frage Nr. 27

Welche Vereine oder Institutionen haben die Stadtwerke Marburg 2010 gefördert und in welcher Höhe? Es wird um eine Aufstellung gebeten, die Datum, Empfänger, Höhe der Förderung und Zweck der Förderung enthält.

Sehr geehrter Herr Dr. Uchtmann,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Die Stadtwerke Marburg haben mit Schreiben vom 21. Januar 2011 Herrn Stadtverordnetenvorsteher Löwer mitgeteilt, dass die og. Fragestellung den Rahmen einer Kleinen Anfrage sprengt und auch angesichts der angelaufenen Jahresabschlussarbeiten nicht beantwortet werden kann. Daher haben die Stadtwerke um eine sinnvolle Konkretisierung der Fragestellung gebeten, die eine Beantwortung mit vertretbarem Aufwand möglich macht (z.B. Sportsponsoring und/oder Kulturförderung oder vergleichbares).

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 14.02.2011
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten
Winfried Kissel
An der Berghecke 10

35043 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 28.01.2011
hier: Frage Nr. 28

Was kostete die Anzeige des Oberbürgermeisters am 24.12.10 in der Oberhessischen Presse und wer hat diese Anzeige bezahlt? Wenn die Stadt Marburg die Anzeige bezahlt hat, wie beurteilt das Rechnungsprüfungsamt diese Anzeige, handelt es sich evtl. um eine unerlaubte Wahlwerbung auf Kosten der Stadt Marburg und ist evtl. der Oberbürgermeister bereit, diese Kosten selber zu tragen oder die Marburger SPD?

Sehr geehrter Herr Kissel,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Der Oberbürgermeister hat in der Ausgabe vom 24. Dezember 2010 den Bürgerinnen und Bürgern der Universitätsstadt Marburg ein frohes Weihnachtsfest

und ein gesundes neues Jahr gewünscht. Es ist guter Brauch, dies zu tun, auch für einen Oberbürgermeister. Dies gehört zu seinen Amtsgeschäften.
Die Anzeige hat 1.330,18 Euro gekostet.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 14.02.2011
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten
Manfred Jannasch
Gutenbergstraße 15

35037 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 28.01.2011
hier: Frage Nr. 29

Wer ist für das Schneeräumen in der Augustinergasse und der oberen Augustinertreppe zuständig und warum wird trotz Hinweisen nichts unternommen um den mangelhaften Zustand abzustellen?

Sehr geehrter Herr Jannasch,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Die Augustinergasse und die Augustinertreppe fallen wie alle anderen Geh- und Verbindungswege in der Stadt unter die Straßenreinigungssatzung. Diese verpflichtet die Anliegerinnen und Anlieger zum Winterdienst entlang ihrer Grundstücke und Häuser.

Durch den FD Straßenverkehr und die Ordnungspolizei wurden in diesem Winter regelmäßig Kontrollen in dem Bereich durchgeführt. Im Zuge dieser Kontrollen wurden die Anlieger, insbesondere die Geschäftsinhaber, aufgesucht und über ihre Pflichten aufgeklärt.

In dem Teil des Hanno-Drechsler-Platzes, der die Augustinergasse und die Krebsgasse verbindet, rund um den Brunnen, wird der Winterdienst regelmäßig durch die Stadt Marburg ausgeführt, da es keine direkten Anlieger gibt.

Der FD Straßenverkehr geht grundsätzlich allen Mitteilungen aus der Bevölkerung nach. Aufgrund des extremen Winters sind jedoch zeitweise so viele Mitteilungen eingegangen, dass diese nur zeitverzögert bearbeitet werden konnten. Trotz der hohen Priorität der Augustinergasse und der Augustinertreppe ist es den Verantwortlichen aufgrund der extrem winterlichen Verhältnisse nicht gelungen, die Flächen jederzeit schnee- und eisfrei zu halten.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 14.02.2011
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten
Manfred Jannasch
Gutenbergstraße 15

35037 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 28.01.2011
hier: Frage Nr. 30

Warum wird trotz Hinweisen aus der Bevölkerung nichts unternommen, den Schnee in den Oberstadtaufzügen und auch den Schnee in den Zugängen zum Aufzug zu beseitigen, sowie die Sachbeschädigungen in den Aufzügen, besonders an den Wochenenden zu unterbinden?

Sehr geehrter Herr Jannasch,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Aufgrund des Wintereinbruchs mit erheblichen Schneemassen war es im Dezember nicht möglich zu verhindern, dass durch die Nutzer der Aufzugsanlage Schnee und

Splitt in die Aufzugskabinen eingetragen wurden. Die Reinigung der Aufzugskabinen kann jedoch nur in den betriebsschwächeren Zeiten, am frühen Morgen und am späten Abend erfolgen, da dafür die Aufzugsanlage kurzzeitig außer Betrieb gesetzt werden muss.
Die dauerhafte Freihaltung der Zugänge zum Oberstadtaufzug von Schnee ist bei den extremen Winterwetterlagen mit Schnee und Wind nur mit einem erheblich höheren Personalaufwand möglich.
Sachbeschädigungen in den Aufzügen lassen sich nur durch eine dauerhafte Präsenz von Personal in den Aufzugskabinen verhindern.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Kahle

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 14.02.2011
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Frau Stadtverordnete
Sabine Köhler
Blitzweg 3

35039 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 28.01.2011
hier: Frage Nr. 31

Kann der Magistrat geeignete Sammelbehälter für die fachgerechte Entsorgung von Energiesparlampen an Plätzen mit hoher Frequenz im Innenstadtbereich (Parkplätzen, Einkaufszentren) aufstellen lassen?

Sehr geehrte Frau Köhler,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Nein. Die Zuständigkeit für die Einsammlung von Elektronikschrott und damit auch für die Einsammlung von Energiesparlampen liegt beim Landkreis Marburg Biedenkopf – vertreten durch die Abfallwirtschaft Lahn-Fulda (ALF). Die ALF hat im Landkreis Marburg Biedenkopf die Firma Integral mit der Einsammlung und Annahme von Elektronikschrott beauftragt.

Rücknahme von Energiesparlampen:

Stand 2010

Die Annahme von Elektronikschrott – und dazu gehören auch Energiesparlampen – erfolgt beim Recyclingzentrum INTEGRAL in der Umgehungsstraße. Zusätzlich sammelt die ALF im Rahmen der Sonderabfallkleinmengensammlung (Sondermüllmobil) 1 x monatlich in Marburg auch Energiesparlampen ein. (jeden 1. Samstag im Monat von 10-12 Uhr bei der Zulassungsstelle)

Ergänzend wird von der ALF die Zusammenarbeit mit dem bundesweit agierenden Rücknahmesystem ***lightcycle*** geprüft. In der Gemeinde Weimar wurden versuchsweise Rücknahmeboxen für Energiesparlampen aufgestellt.

Planungen für die Errichtung weiterer Rücknahmesysteme

Ausgehend von den bisher vorliegenden Erfahrungen mit diesem System wird die ALF für den Landkreis Vorgaben für die Einrichtung weiterer Sammelstellen machen.

Schon jetzt werden folgende Mindestanforderungen deutlich:

- Der Sammelstandort muss gut belüftet sein,
- überwachte Stellplätze sind notwendig,
- das Sammelsystem muss eine zerstörungsfreie Sammlung, Lagerung und Weitertransport garantieren.

Prüfung einer Annahmestelle beim Servicehof Am Krekel
Der DBM prüft derzeit in Abstimmung mit der ALF die Einrichtung eines geeigneten Sammelsystems beim "Servicehof Am Krekel".

Kooperation mit dem Handel
Aus Sicht der Stadt Marburg ist das System der Rücknahme von ausgedienten Energiesparlampen sehr unbefriedigend. Ein viel zu hoher Anteil landet nach wie vor im Hausmüll.
Ziel muss sein, den Handel in die Rücknahme mit einzubinden – dies könnte ähnlich erfolgen wie bei der Rücknahme von Batterien.

Zuständige Dezernenten: Bürgermeister Dr. Kahle und Stadträtin Dr. Weinbach

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 14.02.2011
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten
Dr. Michael Weber
Chemnitzer Straße 33

35039 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 28.01.2011
hier: Frage Nr. 32

Was gedenkt der Magistrat zu unternehmen, um die Bushaltestelle „Sonnenblickallee“ und damit u.a. das Studentenwohnheim für Familien (Richtsberg 88) am oberen Richtsberg nach 19:37 Uhr (Mo-Fr), nach 18:07 (Sa) bzw. nach 16:45 Uhr (So) wieder an den Marburger ÖPNV anzuschließen, nachdem nun die Linie 6 abends nicht mehr fährt und auch die Linie A3 eingestellt wurde?

Sehr geehrter Herr Dr. Weber,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Zu den genannten Zeiten wird der untere, mittlere und obere Richtsberg im 30-Minuten-Takt mit der Linie 1 bedient. Die Haltestelle „Sonnenblickallee“ wird bei der Fahrt der Linie 1 mit Ziel „Pommernweg“ stündlich bedient.

Die Stadtwerke werden zusammen mit den zuständigen Behörden prüfen, ob in der „Sudetenstraße“ im Einmündungsbereich zu „Am Richtsberg“ die Einrichtung einer Ausstiegshaltestelle möglich ist.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 14.02.2011
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Frau Stadtverordnete
Sabine Köhler
Blitzweg 3

35039 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 28.01.2011
hier: Frage Nr. 33

Kann der Magistrat sich für das Aufstellen von Retourstationen als Sammelbehälter für Elektronikschrott (pro Jahr und Einwohner ca.15 kg) in der Kernstadt einsetzen, um diesen täglichen elektronischen Müll einer umweltverträglichen Verwertung zuzuführen unter Nutzung der Sekundärrohstoffe?

Sehr geehrte Frau Köhler,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Die Zuständigkeit für die Einsammlung gefährlicher Abfälle, dazu gehört auch Elektronik-schrott liegt beim Landkreis Marburg Biedenkopf – vertreten von der Abfallwirtschaft Lahn Fulda (ALF).

ALF hat im Landkreis Marburg Biedenkopf die Firma Integral mit der Einsammlung und Annahme von Elektronikschrott beauftragt.

Die Rücknahme von Elektronikschrott ist in Marburg gut organisiert: (größerer) Elektronikschrott wird nach Anmeldung mittels Sperrmüllkarte oder telefonisch bei der Servicenummer 944144 innerhalb von 14 Tagen vor Ort abgeholt.
Zusätzlich besteht in Marburg die Möglichkeit der kostenlosen Abgabe von Elektronikschrott und Metallteilen bei Integral, Umgehungsstraße, Cappel. Noch gebrauchsfähige oder defekte Elektrogeräte aller Art können darüber hinaus bei der Firma Relectro der Praxis GmbH im Kaufpark Wehrda abgegeben werden.

Die Frage weiterer, dezentraler Sammelstellen für Elektronikschrott sollte im Rahmen der Diskussion um die Wertstofftonne erörtert werden, da bei Einführung eines Wertstofftonnensystems gerade der kleinere Elektronikschrott dort mit hinein gehört.

Zuständige Dezernenten: Bürgermeister Dr. Kahle und Stadträtin Dr. Weinbach

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 14.02.2011
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Frau Stadtverordnete
Angela Dorn
Frankfurter Straße 46

35037 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 28.01.2011
hier: Frage Nr. 34

Das Bewohnerparken hat sich in vielen Stadtbezirken bewährt. Welche Möglichkeiten sieht der Magistrat am Ortenberg Bewohnerparken einzurichten, insbesondere im Bereich des Ludwig-Juppe-Wegs, des Blitzwegs und der Heinrich-Heine-Straße, in dem viel "fremd" geparkt wird?

Sehr geehrte Frau Dorn,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Aus den Bereichen Ortenberg und Südbahnhofsviertel kamen Anregungen zur Einrichtung von Bewohnerparken an die Straßenverkehrsbehörde, da auch dort „fremde“ Fahrzeuge -überwiegend von Bahnpendlern- abgestellt waren. Aufgrund dieser Anregungen wurden jeweils Bürgerinformationsveranstaltungen durchgeführt, in denen durch die Verwaltung die Vor- und Nachteile der Bewohnerparkregelung vorgestellt wurden. Die Bewohner stellten die speziellen Probleme in den einzelnen Straßen dar. Aus den Infoveranstaltungen entstanden Arbeitsgruppen mit Bewohnern und Vertretern der Straßenverkehrsbehörde.
Nach Abwägung der Vor- (Verbesserung der Parksituation für die Bewohner) und Nachteile (Gebühren für die Bewohner, Besucher können die Bewohnerparkplätze

nur mit einer Ausnahmegenehmigung nutzen) bestand bei den Bewohnern die Meinung, dort keine Bewohnerparkbereiche einzurichten.
Im Ludwig-Juppe-Weg und in der Heinrich-Heine-Straße zwischen Blitzweg und Rudolf-Bultmann-Straße können aufgrund der geringen Fahrbahnbreiten keine Bewohnerparkplätze nach der Straßenverkehrsordnung (StVO) beschildert werden. Aus diesen Gründen ist die Einrichtung eines Bewohnerparkbereichs derzeit nicht vorgesehen.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 14.02.2011
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten
Hermann Heck
Weitershäuser Straße 13

35041 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 28.01.2011
hier: Frage Nr. 35

Wer ist bei der Stadt Marburg dafür zuständig, dass die Wasserentnahmehydranten, gerade in der Winterzeit, für die Feuerwehren in der Stadt und seinen Stadtteilen frei zugänglich sind und wer räumt diese Hydranten bei Eis und Schnee wann und wie oft frei, damit bei Feuerwehreinsätzen keine unnütze Zeit verstreicht?

Sehr geehrter Herr Heck,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Im Bereich der Stadt Marburg sind grundsätzlich für den Betrieb und die Unterhaltung der Hydranten die Stadtwerke Marburg zuständig. Die Unterflurhydranten sind durch Hydrantenschilder gekennzeichnet, die ein leichteres Auffinden möglich machen. Hydrantenpläne von den Stadtwerken Marburg werden in den Einsatzfahrzeugen mitgeführt.

Hinzu kommt, dass die Stadtteilfeuerwehren über eine spezielle Ortskenntnis in ihrem Ausrückebereich verfügen.
Hydrantendeckel, die sich durch Frosteinwirkungen und Schneerückstände schlecht öffnen lassen, werden erforderlichenfalls auch mit Gewalt geöffnet.
Allerdings haben alle Stadteilfeuerwehren Löschfahrzeuge mit einem Wassertank, aus dem sie zunächst Wasser entnehmen können. Auf diese Weise ist in der Erstphase des Einsatzgeschehens die Wasserentnahme aus dem öffentlichen Wassernetz nicht zwingend erforderlich. Falls es aufgrund der konkreten Witterungslage oder Einsatzsituation (z. B. bei Wald- und Flächenbränden) unmöglich ist, Hydranten zu nutzen, besteht immer die Möglichkeit, wasserführende Fahrzeuge nachzufordern. Einen speziellen Schneeräumdienst für Hydranten gibt es nicht.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 14.02.2011
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten
Hermann Heck
Weitershäuser Straße 13

35041 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 28.01.2011
hier: Frage Nr. 36

Da der Fußweg entlang der K72 vom Rotenberg ab Höhenweg bis etwa in den Bereich Sandweg durch keinen Winterdienst von Schnee und Eis befreit wird, Fußgängerinnen und Fußgänger aber auch im Winter sehr oft diesen Weg entlang der Straße begehen, kommt es immer wieder zu gefährlichen Situationen.
Wie wird der Magistrat hier Abhilfe schaffen?

Sehr geehrter Herr Heck,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Bei dem o. a. Fußweg handelt es sich um einen größtenteils befestigten Randstreifen, der durch Leitpfosten von der Fahrbahn abgetrennt ist. Die Frequentierung dieses Weges ist bei Weitem nicht so stark, wie dies bei einem innerstädtischen Gehweg der Fall ist. Derzeit ist er mit einer „kein Winterdienst“-Beschilderung versehen.

Da zwischen dem Randstreifen und der Fahrbahn keine bauliche Trennung besteht, kommt es bei Schneefall immer wieder dazu, dass Räumfahrzeuge den Schnee von der Fahrbahn auf diesen Randstreifen schieben. Die hierdurch entstehenden Schneeberge müssten von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des DBM auf einer Länge von ca. 500 Metern, mehrfach täglich, per Hand beseitigt werden, da wegen des teilweise schlechten Ausbauzustandes der Einsatz eines Winterdienstschleppers nicht möglich wäre.

Der hierdurch entstehende personelle Aufwand wäre nicht zu rechtfertigen, da durch diese zusätzliche Belastung stärker frequentierte Wege in der Innenstadt vernachlässigt werden müssten.

Eine Nachfrage des FD Straßenverkehr bei dem Regionalen Verkehrsdienst der Polizeistation Marburg hat ergeben, dass seit dem Jahr 2006 keine Unfälle mit der Beteilung von Fußgängerinnen und Fußgängern in dem Streckenbereich verzeichnet wurden.

Nach Auskunft der Stadtwerke Marburg Consult stehen für Menschen, die von dem Höhenweg in Richtung Hohe Leuchte gelangen müssen, pro Stunde zwei Busverbindungen zur Verfügung. Dies gilt ebenfalls für die umgekehrte Richtung.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 14.02.2011
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Frau Stadtverordnete
Johanna Busch

Kämpfrasen 8

35037 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 28.01.2011
hier: Frage Nr. 37

Elektronischer „Kleinmüll“ (wie z. B. Energiesparlampen, Handys, MP3-Player, Modems, Netzteile und Druckertintenpatronen) enthält nicht nur Schadstoffe wie Cadmium und Quecksilber, sondern auch viele wertvolle Rohstoffe, die sinnvoll recycelt werden könnten. Marburg verfügt bereits über drei Sammelstellen bei denen Elektronikmüll abgegeben werden kann. Insbesondere aber bei Energiesparlampen wird immer wieder die geringe Rückgabequote in Deutschland thematisiert.

Wie hoch ist die Abgabequote bei elektronischem "Kleinmüll" insbesondere Energiesparbirnen in Marburg und gibt es von Seiten des Magistrats Überlegungen, an zentralen, stark frequentierten Orten in der Stadt Rücknahmebehälter für elektronischen "Kleinmüll", wie beispielsweise in Hamburg, aufzustellen?

Sehr geehrte Frau Busch,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Die Zuständigkeit für die Einsammlung von Elektronikschrott und damit auch für die Einsammlung von Energiesparlampen liegt beim Landkreis Marburg Biedenkopf – vertreten durch die Abfallwirtschaft Lahn-Fulda (ALF). Die ALF hat im Landkreis Marburg Biedenkopf die Firma Integral mit der Einsammlung und Annahme von Elektronikschrott beauftragt.

Rücknahme von Energiesparlampen:

Stand 2010

Die Annahme von Elektronikschrott – und dazu gehören auch Energiesparlampen – erfolgt beim Recyclingzentrum INTEGRAL in der Umgehungsstraße. Zusätzlich sammelt die ALF im Rahmen der Sonderabfallkleinmengensammlung (Sondermüllmobil) 1 x monatlich in Marburg auch Energiesparlampen ein. (jeden 1. Samstag im Monat von 10-12 Uhr bei der Zulassungsstelle)

Ergänzend wird von der ALF die Zusammenarbeit mit dem bundesweit agierenden Rücknahmesystem ***lightcycle*** *geprüft. In der Gemeinde Weimar wurden versuchsweise Rücknahmeboxen für Energiesparlampen aufgestellt.*

Planungen für die Errichtung weiterer Rücknahmesysteme

Ausgehend von den bisher vorliegenden Erfahrungen mit diesem System wird die ALF für den Landkreis Vorgaben für die Einrichtung weiterer Sammelstellen machen. Schon jetzt werden folgende Mindestanforderungen deutlich:

- Der Sammelstandort muss gut belüftet sein,
- überwachte Stellplätze sind notwendig,
- das Sammelsystem muss eine zerstörungsfreie Sammlung, Lagerung und Weitertransport garantieren.

Prüfung einer Annahmestelle beim Servicehof Am Krekel

Der DBM prüft derzeit in Abstimmung mit der ALF die Einrichtung eines geeigneten Sammelsystems beim "Servicehof Am Krekel".

Kooperation mit dem Handel

Aus Sicht der Stadt Marburg ist das System der Rücknahme von ausgedienten Energiesparlampen sehr unbefriedigend. Ein viel zu hoher Anteil landet nach wie vor im Hausmüll.

Ziel muss sein, den Handel in die Rücknahme mit einzubinden – dies könnte ähnlich erfolgen wie bei der Rücknahme von Batterien.

Zuständige Dezernenten: Bürgermeister Dr. Kahle und Stadträtin Dr. Weinbach

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 14.02.2011
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Frau Stadtverordnete
Gerlinde Schwebel
Schuhmarkt 3

35037 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 28.01.2011
hier: Frage Nr. 38

Mit welchen Zielvorgaben und zu welchen Kosten ist am Aquamar eine Wetterstation eingerichtet worden, obwohl bereits seit längerer Zeit die „Marburger Wetterstation“ existiert und kostenlos verlässliche Daten liefert?

Sehr geehrte Frau Schwebel,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Die Stadtverordnetenversammlung hat den Magistrat aufgrund eines Antrages der MBL am 25.04.2003 einstimmig beauftragt, die Einrichtung einer „Kachelmann-Wetterstation“ zu prüfen. Aufgrund der hohen Kosten wurde das Projekt nicht weiter verfolgt. Damals ist man von Anschaffungskosten von ca. 12.500,-- € zuzüglich Folgekosten für den Betrieb und die Wartung ausgegangen. Betreiber wäre die Firma „Meteomedia“ von Jörg Kachelmann gewesen.

Die Wetterstation im Aquamar hat dagegen nur einmalig 2.619,60 € gekostet. Den Aufwand für Wartung, Reinigung und Betrieb trägt das Forschungsprojekt.

Die Wetterstation ist Teil des Gesamtprojektes „Klimaforschung Hessen“. Bei diesem Klimaforschungsprojekt sollen in einem neuen Messnetz aus Wetterstationen vor allem lokale Unwetter und deren Intensitäten erforscht werden. Dabei gilt es, Unwetter genauer vorherzusagen und bestimmte gleiche oder ähnliche Wetterverläufe frühzeitig zu erkennen und somit genauere Wetterwarnungen möglich zu machen. Von besonderer Wichtigkeit ist dabei die Beobachtung vor Ort. Je dichter das Messnetz aus Stationen ist, desto besser und genauer kann das Wettergeschehen beobachtet werden.
Das Projekt "Klimaforschung Hessen" soll mindestens 15 Jahre laufen.

Im Internet sind die Daten der Wetterstation auf der Startseite der städtischen Homepage www.marburg.de abrufbar.

Die private Wetterstation in Marburg stellt ihre Daten zwar auch der Öffentlichkeit zur Verfügung, zuverlässige Wetterdaten über einen längeren Zeitraum können aber nicht garantiert werden.

Die Wetterstation im Aquamar zeigt zudem über eine Schautafel, die in Kürze installiert wird, die aktuellen Wetterdaten an und trägt somit zu einer Bereicherung des Schwimmbades bei.

Am 15.03.2011 findet um 11:00 Uhr im Aquamar ein Pressetermin mit dem Leiter des Forschungsprojektes statt.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Kahle

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 14.02.2011
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Frau Stadtverordnete
Gerlinde Schwebel
Schuhmarkt 3

35037 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 28.01.2011
hier: Frage Nr. 39

Mit welcher Begründung will die Firma SITA Mitte KG künftig nicht mehr die gelben Wertstofftonnen wie bisher entleeren, sondern fordert ein Sammeln in gelben Säcken?

Sehr geehrte Frau Schwebel,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Die gelben 240-l-Tonnen wurden durch den DBM als ein zusätzlicher Service für die Marburger Bürgerinnen und Bürger eingeführt. Diese Behälter wurden nach und nach dort aufgestellt, wo es Probleme mit den gelben Säcken aufgrund von Nagetieren gab, die die Säcke aufgerissen haben. Außerdem wurden diese gelben Tonnen dort angeboten, wo es aufgrund der räumlichen Situation nicht möglich ist, die gelben Säcke ordentlich zu lagern.

Dieses zusätzliche Serviceangebot des DBM wurde bei der Marburger Bevölkerung in den vergangenen Jahren sehr gut angenommen. Im Gebiet der Stadt Marburg

wird aber seitens des Dualen Systems grundsätzlich nur die Möglichkeit eines Sacksammelsystems angeboten; lediglich bei den Großwohnanlagen sind die größeren 1,1-cbm-Container vorgesehen.
Durch den Wechsel in der operativen Sammlung der Gelben Säcke durch die Firma SITA Mitte, die nicht mehr den DBM beauftragt hat, wurde von SITA entschieden, dass nunmehr auch ab dem 1. April 2011 dort nur noch eine Sacksammlung stattfindet, wo bisher die gelben 240-l-Tonnen stehen.

Seitens des DBM wurde in Verhandlungen darauf gedrungen, dieses bestehende und etablierte System im Sinne der Kundenfreundlichkeit und des Servicegedankens bei zu behalten. Dies hat mit dem Angebot untermauert, dass DBM der Firma Sita die bei den Bürgerinnen und Bürgern stehenden gelben Tonnen weiterhin kostenlos zur Verfügung stellt.

Dies führte aber bedauerlicherweise zu keiner Änderung der Entscheidung der Firma, vielmehr wurde der oben genannte Termin seitens SITA untermauert.

Damit die Belange der Marburger Bürgerinnen und Bürger trotzdem zumindest teilweise Berücksichtigung finden, wird der DBM die gelben Tonnen nicht abziehen sondern diese quasi als „Sackgarage“ weiterhin zur Verfügung stellen. Dies trägt insofern den beschriebenen Aspekten des Platzmangels sowie der Vermeidung von Beschädigungen der gelben Säcke durch Tiere Rechnung.

Zuständige Dezernentin: Stadträtin Dr. Weinbach

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 14.02.2011
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten
Helmut Hebert-Henkel
Huteweg 8b

35041 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 28.01.2011
hier: Frage Nr. 40

Wer trägt die Kosten, die durch den Verwaltungsaufwand, Zeitaufwand und Telefonkosten zur Verteilung und Bestellung des gelben Sacks entstehen, sowie die Kosten (Personalkosten) für die Erstellung eines barrierefreien Abfuhrplans des gelben Sacks im Internet?
Hat die Firma Sita Schneider sich kostenmäßig an den Druckkosten und Verteilung des Abfuhrplans an alle Marburger Haushalte beteiligt?

Sehr geehrter Herr Hebert-Henkel,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Durch den Wechsel in der operativen Sammlung der Gelben Säcke durch die Firma SITA Mitte sowie die damit verbundene grundsätzliche Änderung der Tourenplanung machte eine komplette Umgestaltung des Layouts des bisherigen Abfuhrkalenders notwendig. So musste z.B. aufgrund der geänderten Tourenplanung, die nicht mit der des DBM übereinstimmt, ein komplettes Straßenverzeichnis und die neuen Touren für die Gelbe-Sack-Sammlung aufgenommen werden.

Dies hatte natürlich einen zeitlichen und damit auch kostenmäßigen Aufwand für die Neuerstellung des Abfuhrkalenders beim DBM zur Folge.

Für die Änderung des Layouts sowie den anteilig der belegten Fläche entstandenen Druckkosten ist für die Darstellung der LVP-Sammlung im Abfuhrkalender ein Aufwand i.H.v. 3.000 € entstanden.

Der für die flächendeckende Verteilung der Müllabfuhrkalender entstandene Aufwand wird derzeit noch exakt ermittelt. Nimmt man als Basis des Kostenanteils auch hier den anteiligen Flächenbedarf für die Neudarstellung der LVP-Sammlung ergibt sich nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre ein Betrag i.H.v. ca. 5.000 €.

Die Aufwendungen werden SITA in Rechnung gestellt. Es bleibt aber noch abzuwarten, ob die Firma die Forderung akzeptieren wird.

Bei dieser Darstellung sind aber noch in keinster Weise die in der Fragestellung bereits genannten Aufwendungen berücksichtigt, die im DBM entstanden sind, um die Bürgerinnen und Bürger über die Veränderungen zu informieren, insbesondere dabei die täglich eingehenden persönlichen und telefonischen Anfragen.

Diese sind grundsätzlich im Rahmen der abgestimmten Öffentlichkeitsarbeit auch für die Dualen Systeme zu leisten. Jedoch stellt sich natürlich aufgrund der massiven Schwierigkeiten die Frage, ob es nicht gerechtfertigt sein kann, hier den neuen

Unternehmer an den durch den Wechsel verursachten, bei besserer Planung sicherlich reduzierbaren, erheblichen Kosten zu beteiligen. Dies wird zurzeit noch intensiv geprüft.

Auch bei der Erstellung eines vollständig barrierefreien Abfuhrplans für die gelben Säcke im Internet konnte bisher noch keine Einigung mit der Firma Sita erzielt werden.

In mehreren Gesprächen wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, dass dies in Marburg ein gewohnter Standard ist und unbedingt erwartet wird; ebenso wie die Beteiligung des Entsorgungsunternehmens an diesem Bürgerservice. Seitens des DBM wird aktuell ein Angebot für die Realisierung dieser barrierefreien Darstellung erarbeitet, welches Sita unterbreitet wird.

Leider gibt es noch keine grundsätzliche Entscheidung seitens Sita, sich daran zu beteiligen. Auch hier wird weiter intensiv verhandelt werden müssen.

Zuständige Dezernentin: Stadträtin Dr. Weinbach

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 14.02.2011
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Frau Stadtverordnete
Dagmar Daser
Zur Hege 9
35041 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 28.01.2011
hier: Frage Nr. 41

Im Oktober 2009 wurde ein Prüfauftrag wegen einer Verbreiterung und Sicherung des Fußweges zwischen Wehrshausen und dem Sellhof verabschiedet. Auf welchem Stand befindet sich diese Prüfung.

Sehr geehrte Frau Daser,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Im Dezember 2010 hat ein Termin im Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung zur Förderfähigkeit verschiedener Straßenbauprojekte stattgefunden. Im Rahmen dieses Termins wurde auch die Förderfähigkeit des o. g. Fuß- und Radwegeabschnittes mit abgefragt. Als Planungsgrundlage diente jedoch ein bis zum Anschluss an den oberen Rotenberg verlängerter Fuß- und Radweg, um eine Anbindung an die größeren Stadtteile Marbach und Grassenberg herstellen und die Wegeverbindung besser begründen zu können. Die sichtbare Verlängerung und Verbindungsfunktion dieses Weges hat jedoch mit einer Gesamtlänge von 1,4 km auch höhere Kosten in Höhe von ca. 600.000 € zur
Folge.

Nach Aussage des Wirtschaftsministeriums ist der Neubau dieses Verbindungsweges zwischen dem oberen Rotenberg und Wehrshausen grundsätzlich förderfähig, allerdings besteht wegen der begrenzten Haushaltsmittel des Landes und der Vielzahl an Fördervorhaben auf absehbare Zeit keine Aussicht, in den Genuss einer Förderung zu kommen.

Nachdem die Frage der Förderfähigkeit dem Grunde nach geklärt ist, kann eine Aufnahme des Radweges in das Bauprogramm des Landkreises angestrebt werden. Wegen der von dort bereits signalisierten Zurückhaltung und der mangelnden Finanzausstattung des Landes sollte jedoch nicht mit einer baldigen Realisierung des Projektes gerechnet werden.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Kahle

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister